

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitag. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zug-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Victoriastraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 20, Telefon: Amt Norden, 5946. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Sehelden, Auguststraße 6. — Redaktionsheft: Montag.

Insertion. Für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Verfassungen 15 Pfg. pro Zeile. Postlagen nach Oberberechnung.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Die Dubliner Streikbewegung. Rundschau. Soziale Monatsschau. Unsere Jusfiz, IV. Vom Kampfe gegen die Volksfürsorge. Eingegangene Gelder. Adressen-Änderungen. — **Allgemeines:** Unser Verband im Lichte der allgemeinen Gewerkschaftsstatistik für das Jahr 1912, I. Die erste Geige. Zum 18. Oktober 1913. Technische Vorträge im Gau Nordbayern. Ortsberichte: Selb i. B. — **Der Lithograph:** Ein Rückblick und Ausblick. — **Die photomech. Fächer:** »Christen« am Pranger. Die Chemigraphie in Rußland. — **Feuilleton:** Vom Bücherfisch. — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Telegramm aus Italien.

Mailand. Hier sind ernste Differenzen ausgebrochen. Zuzug von Lithographen und Steindruckern ist streng fernzuhalten.

Die Dubliner Streikbewegung.

Der Umwandlungsprozeß in der englischen Gewerkschaftsbewegung, der mit dem großen Transportarbeiterstreik in London zum ersten Male die Öffentlichkeit zu interessieren begann, hat bis zu den Dubliner Vorfällen rasche Fortschritte gemacht. Es handelt sich dabei vornehmlich um Bestrebungen, die darauf hinauszielen, die unendlich zersplitterten Gewerkschaften zu großen, aktionsfähigen Organisationen zusammen zu bringen, wie überhaupt eine Neuorientierung der Bewegung herbeizuführen. Die Gewerkschaften haben fast alle schon ein sehr ehrwürdiges Alter, desgleichen ihre Verfassung und ihre Einrichtungen. Der insulare Charakter der Briten hat sie von der Außenwelt getrennt, hat sie gehindert, sich die Lehren der Bewegung des Auslandes zunutze zu machen — wie das umgekehrt früher stark geschah —, hat sie auch in der Gewerkschaftsbewegung in vieler Hinsicht zum Sklaven der Tradition gemacht.

Im Laufe der Zeit aber haben sich die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse andauernd verändert, ohne daß die Gewerkschaften sich besondere Mühe gegeben hätten, sich und ihre Methoden und Einrichtungen den neuen Bedürfnissen anzupassen. Dazu kamen dann vor einigen Jahren schon schwere wirtschaftliche Krisen, die manden alten Führer ratlos ließen. Rapide nahm insbesondere die Arbeitslosigkeit zu, nicht nur unter den ungelerten, sondern vor allen Dingen unter den gelernten Arbeitern, die infolge der modernen Technik immer mehr von ungelerten oder sogenannten angelernten Arbeitern ersetzt werden. Dabei rächte es sich schwer, daß man trotz der fast ein Jahrhundert alten Gewerkschaftsbewegung noch nicht daran gedacht hatte, die ungelerten Arbeiter in allen Berufen zu organisieren. In manden Berufen haben sich die gelernten und gut organisierten Arbeiter sogar nicht selten mit dem Mittel des Streiks der Organisation der Ungelernten zu widersetzen versucht, leider gar zu oft mit Erfolg.

Die Unternehmerorganisationen begannen rechtzeitig ihre Kräfte zusammenzufassen und

Die Adresse des Zentralvorstandes ist jetzt Otto Sillier, Berlin N.

IIIIII Elsassersstraße 86—88. IIIIIII

der Gewerkschaftsbewegung mit einheitlichem Plan, mit einheitlichen Mitteln entgegenzutreten, während die Arbeiter sich besonders leicht durch nationale Vorurteile verleiten ließen. So ist es heute noch schwer, manche der »schottischen« Gewerkschaften mit denen desselben Berufes in »England« oder in »Irland« zu einer einheitlichen Aktion zu bewegen. Es gibt sogar immer noch einen besonderen »irischen« und einen »schottischen« Gewerkschaftskongreß neben dem alljährlich stattfindenden »Britischen Gewerkschaftskongreß«.

Es ist verständlich, daß die Reformbestrebungen innerhalb einer solch alten Bewegung auf vielerlei natürliche Widerstände persönlich wie auch sonstiger Art, stoßen mußten, und das erklärt zumeist, daß man — zumal im Lande der Redefreiheit mit der sich dadurch entwickelnden sprachlichen Ungebundenheit — auf beiden Seiten in der Diskussion viel mit Superlativen arbeitete. Die Reformfreunde ließen sich dabei, gewiß zu ihrem späteren Leidwesen, als »Syndikalisten« bezeichnen und einige ultrarevolutionäre Theoretiker verstanden es dann, der Bewegung nach außen hin den ihnen erwünschten Schein zu geben. Aber nur nach außen hin. In Wirklichkeit handelt es sich nämlich um eine Strömung, die eine Reform der Gewerkschaftsbewegung im Sinne der modernen (oder deutschen) Gewerkschaftsbewegung will. Das erhellt am besten daraus, daß mehrere der bekanntesten Führer der angeblich »syndikalistischen« Richtung, wie Ben Tillet, der populäre Führer der Dockarbeiter und Williams, der Sekretär des Transportarbeiterverbandes, in den letzten zwei Jahren wochenlange Studienreisen in Deutschland machten und in ihren massenhaft verbreiteten Berichten eindringlich die sinngemäße Nachahmung der deutschen Organisationsformen und Methoden empfehlen. Die offizielle »syndikalistische Liga« aber, an deren Spitze der vom sozialistischen Gewerkschafter zum antiparlamentarischen Syndikalisten ganz besonderer Gattung durchgemauserte Tom Mann steht, bezieht ihre Theorien aus Frankreich, hat aber vorsichtshalber ihrem nur kümmerlich allmonatlich erscheinenden Blättlein »Der Syndikalist« noch den Untertitel »und Verschmelzungsboten« gegeben. In der Tat predigt auch diese Liga, im Gegensatz zu den französischen Syndikalisten, die Verschmelzung der kleinen Gewerkschaften zu großen Verbänden. In der Praxis hat diese Liga gar keine Bedeutung. Wenn die englischen Gewerkschaften einigen kleinen überschäumenden Sektionen die Beteiligung an dieser Liga verbleiben würden, dann hätte sie auch auf dem Papier zu existieren aufgehört. Sie gerät übrigens immer mehr unter rein anarcho-syndikalistischen Einfluß und damit ist ihr Schicksal besiegelt.

Auch in Dublin sprach das Unternehmertum gleich vom »Syndikalismus«, als die Transportarbeiter und andere ungelerte Arbeiter begannen, in Scharen der Organisation zuzuströmen. Ihre Agitation hatte bald zahlreiche Streiks zur Folge und, was bei dem Temperament und der geringen Bildung dieser Schichten nur zu verständlich ist, die Streikenden benutzten dabei gelegentlich auch andere Mittel, als die in ihren Statuten vorgeschriebenen, besonders gegenüber Streikbrechern. Larkin, der geistige Führer dieser rasch wachsenden Bewegung, der sich selbst als »revolutionärer Sozialist« bezeichnet, verfiel dann aber in den Fehler vieler Irländer: er ließ sich von den nationalistischen Strömungen im Lande verführen und predigte: »Irische Gewerkschaften sind für irische Arbeiter.« Natürlich trennte er sich mit einigen Sektionen von dem britischen Verbands, dem sie angehört hatten, um den »Irischen Transportarbeiterverband« zu gründen. Dann begann ein Guerillakrieg gegen die Unternehmer mit syndikalistischen Mitteln; bei irischen ungelerten Arbeitern ein sehr gefährliches Unterfangen. Zu den Dingen, die Larkin zum alten Eisen zu werfen suchte, gehörte auch der kollektive Arbeitsvertrag. All das erklärt, warum nicht nur die öffentliche Meinung, die besonders in England sich oft einer unterdrückten Arbeiterschaft annimmt und dann auch eine Bedeutung hat, gegen die Larkinsche Organisationsweise sich wandte, sondern auch die Gewerkschaftswelt. Larkins Antagonismus gegen alles Nicht-Irische ging sogar so weit, daß er bezw. seine Leute Agitationsversammlungen der Organisationen, die in England ihren Sitz haben, in irischen Orten mit Gewalt verhinderte und den betreffenden Agitatoren mit Gewalt drohte, wenn sie wieder erscheinen würden. Streik und Aussperrung in Dublin würden aus diesen Gründen kaum ein besonderes Echo in England gefunden haben — zumal die katholische und in Irland allmächtige Kirche gegen die Arbeiter ist —, wenn den Streikenden nicht die Abhaltung ihrer Versammlungen auf einem Platze, der seit altersher als öffentlicher Versammlungsort gilt, verboten und mit Gewalt unmöglich gemacht worden wäre. Das war ein Attentat auf die mit Recht von den Engländern hochgeschätzte Redefreiheit, die ihnen durch die Verfassung garantiert ist. Und dagegen, und nur dagegen erhob sich der Gewerkschaftskongreß, als er eine besondere Deputation nach Dublin sandte. Ja, ein bekannter Sozialist, der diesen Beschluß des Kongresses befürwortete, erklärte ausdrücklich, daß der Kongreß sich durch diese Delegation und durch seinen an den Gouverneur in Dublin gerichteten Protest keineswegs mit der Bewegung oder mit ihren Führern selbst personifizieren wollte.

Inzwischen haben die Unternehmer in ihrer blinden Wut und in dem Bestreben, der Organisation in ihren Betrieben ein für allemal den Garaus zu machen, die Aussperrungen erweitert, sodaß zurzeit fast 20000 Mann durch die Streiks und Aussperrungen in und um Dublin arbeitslos sein dürften. Die Not und das Elend unter diesen Massen sind unbe-

schreiblich, da die kleine irische Organisation sie natürlich nicht unterstützen konnte, und es scheint, daß die Unternehmer hofften, die hungrigen Arbeiter würden sich zu großen Exzessen hinreißen lassen. Das hätte dann der bewaffneten Macht die erwünschte Gelegenheit geboten, die Bewegung mit Gewalt zu ersticken. Die Leiter der Bewegung hatten inzwischen eingesehen, wieschon ihr Appell an den britischen Gewerkschaftskongreß zeigte, daß sie ohne die Hilfe der ganzen britischen Bewegung wenig Aussicht auf Erfolg hätten. So kam eine Einigung mit dem britischen Transportarbeiterverbande zustande, der vor wenigen Tagen den Kampf zu dem seinigen gemacht hat. Dazu trug vor allem die brutale Haltung der Unternehmer bei, die den Herr-im-Hause-Standpunkt in einer in England heute unmöglichen Form vertreten. Angesichts des großen Elends entschied sich auch das parlamentarische Comité des Gewerkschaftskongresses für materielle Unterstützung der Notleidenden. In kurzer Zeit wurden auf seinen Aufruf 150000 Mark gesammelt und dafür durch die Genossenschaftszentrale zwei Schiffsladungen Lebensmittel nach Dublin gesandt zur Verteilung an die Streikenden und Ausgesperrten. Aber auch jetzt noch betonen die Gewerkschaftsführer, daß sie den Ursachen und den ersten Leitern der Bewegung nach wie vor fernstehen. So schreibt z. B. Appleton, der Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentrale in England, der einen persönlichen Beitrag zu dem Dubliner Fonds sendet: »Ich möchte aber betonen, daß dieser Schreck weder mein Einverständnis mit der Politik oder der Durchführung des ursprünglichen Konfliktes noch auch das Gegenteil bedeutet; er ist ein Ausdruck der Sympathie für Unterdrückte und des Willens, jedem Versuche, teuer erkaufte Rechte und Freiheiten zu kürzen, entgegenzutreten.«

Immerhin wird die Unterstützungsaktion der gesamten Arbeiterschaft dem Dubliner Kampfe ein anderes Gepräge und neue Hoffnung geben. Schon hat die Regierung einen bekannten Einigungsbeamten des Handelsamtes nach Dublin gesandt, der die Parteien vernimmt, eine Untersuchung der gegenseitigen Anschuldigungen vornimmt und der versuchen soll, eine Einigung herbeizuführen. Auch die ganze öffentliche Meinung ist jetzt auf Selten der Arbeiter und es unterliegt keinem Zweifel, daß dieser bittere Kampf, in dem auch schon so viel Blut geflossen ist, für die irischen Arbeiter den Anschluß an ihre Arbeitsgenossen der anderen Länder des Vereinigten Königreiches und den Beginn einer ersten Arbeiterbewegung bedeuten wird, in der auch die nationalistische Phrase kein anderes Unheil mehr wird anrichten können. gn.

Rundschau.

Über Kapitalserhöhungen im graphischen Gewerbe schreibt der »Korrespondent«: Nach der »Konjunktur« hat sich das graphische Gewerbe in diesem Jahr in ganz besonderem Maß entwickelt. Die Neuinvestierungen dieses Jahres übertreffen die der letzten vier Jahre sowohl an Zahl der Gesellschaften, die neugegründet oder erweitert wurden, wie an Umfang des angeforderten Kapitals. Es waren in den Monaten Januar bis August der Jahre 1907 bis 1913 folgende Neuinvestierungen zu verzeichnen:

Jahr	Neugründungen		Kapitalerhöhungen		Neuinvestierungen	
	Zahl der Gesellschaften	Kapital in Millionen Mark	Zahl der Gesellschaften	Kapital in Millionen Mark	Zahl der Gesellschaften	Kapital in Millionen Mark
1907	202	18,17	43	4,80	245	22,97
1908	227	21,06	82	9,19	309	31,28
1909	214	23,12	51	3,85	265	26,97
1910	257	22,40	44	4,57	301	26,97
1911	246	19,36	66	13,08	312	32,44
1912	243	19,76	51	5,50	294	25,20
1913	290	20,28	57	5,31	347	25,59

Nach dieser Zusammenstellung zeigt nur noch das Jahr 1908 einen noch höheren Stand der Neuinvestierungen als das laufende Jahr. Im allgemeinen wird man sagen können, daß die Steigerung der Zahl der Gesellschaften nicht immer einen Fortschritt bedeutet. Es sind wohl meist Erweiterungen damit verbunden, aber nicht immer mit dem Erfolg einer größeren Rentabilität. Nicht selten dürften die aufgenommenen Kapitalien eine drückende Schulden-

last darstellen, sowohl in Hinsicht auf die erforderlichen Zinsen als auch in Bezug auf die Belastung der durch das neue Kapital dem Betriebe zugeführten konstanten Betriebsanrichtungen, die sich nur dann als zweckmäßig erweisen, wenn sie voll zur Ausnutzung kommen können. Immerhin kann aber auch die Steigerung der Betriebskapitalien als Beweis dafür dienen, daß trotz vieler technischer Schwächen das graphische Gewerbe ein vom Kapital gern befruchtetes Gebiet darstellt, wo die Ernte die Saat über Durchschnitt deckt.

Von einem Streikbrecher als Mörder, dem vorbestraften Rausreißer Brandenburg, der in Frauendorf bei Stettin einen ehrlichen Arbeiter ohne jede Ursache niedergestochen hat, berichteten wir in Nr. 24 der »Gr. Pr.« Der Messerheld, der erst verhaftet, dann wieder freigelassen und schließlich auf eigenen Wunsch gewissermaßen in Schutzhaft genommen worden war, stand nun am 8. Oktober vor dem Stettiner Schwurgericht. Die Geschworenenbank war von Rittergutsbesitzern, Domänenpächtern, Fabrikanten und Beamten besetzt. Sie verurteilte die Schuldfragen trotz des schwer belastenden Sachverhalts und der Zeugnisaussagen. Daraufhin wurde der feige Messerheld und Totschläger freigesprochen und aus der Haft entlassen! Der Wahrspruch der Geschworenen muß geradezu empörend wirken. Ein Arbeiterleben durch einen vorbestraften Messerhelden vernichtet und der Täter freigesprochen, wiewohl seine Ausrede, er habe aus Notwehr gehandelt, durch eine Anzahl Zeugen und durch den medizinischen Sachverständigen klar widerlegt ist! Und dann behauptet man noch, es gäbe in Deutschland keine Klassenjustiz!

Ein Schwurzeuge der Scharfmacher, der Maurermeister William Pfeiffer in Halle, der, wie wir bereits in dem Artikel Musterkarte »nützlicher Elemente« in Nr. 29 der »Gr. Pr.« mitteilten, durch seine Eidesleistungen in Bauhandwerkerstreikprozessen viele Streikende in das Gefängnis hineinschwor und dadurch viel Elend über Arbeiterfamilien brachte, hat zu den sieben Jahren Zuchthaus, die ihm bereits im Juni d. J. wegen Meineid und Verleitung zum Meineid, Betrug, Urkundenfälschung usw. zudiktiert wurden, jetzt wegen derselben Vergehen weitere drei Jahre elf Monate Zuchthaus erhalten. Pfeiffer beging bekanntlich nach seiner ersten Verurteilung im Juni einen Selbstmordversuch, indem er sich von der dritten Etage des Gefängnisses in den Flur hinabstürzte. Die Scharfmacher waren froh; sie hofften, Pfeiffer werde sterben und die Meineidskandale, die allgemeines Aufsehen erregten, würde ein Ende nehmen. Die ärztliche Kunst stellte Pfeiffer aber wieder her und so nahmen die Skandale zum Groß und Ärger der Scharfmacher ihren Fortgang. Mit Pfeiffer, diesem Kronzeugen der Scharfmacher, dessen Eide früher so sicher waren wie die Bibel auf dem Altar, obwohl er die Meineidsleistung gegen Streikende durch den Meineidsklub Kanone geradezu organisiert und systematisiert hatte, steht das ganze Scharfmachertum wieder einmal am Pranger.

Generalversammlungen und Kongresse. Österreich. Vom 6. bis 10. Oktober tagte in Wien der siebente österreichische Gewerkschaftskongreß, auf dem 428 000 Gewerkschafter (322 000 Deutsche, 77 000 Tschechen, 20 000 Polen, 9 000 Italiener, 6 000 Slaven, und 1 000 Ruthenen) durch 430 Delegierte vertreten waren. Die zentralistischen Gewerkschaften Österreichs hatten 1912 996 832 Kronen Einnahmen und 9 171 532 Kronen Ausgaben, ferner 6 792 594 Kr. separat verwaltete Streikfonds und einen durch obligatorische Extrabeträge gespeisten Solidaritätsfonds gegen Aussperrungen usw., über den nicht öffentlich berichtet wird. Das Gesamtvermögen beträgt über 15 Millionen Kronen. Die Fachpresse umfaßt 117 Blätter, und zwar 53 deutsche, 34 tschechische, 12 polnische, 2 ruthenische, 1 im jüdischen Jargon, 9 italienische und 6 slowenische. Im Bericht der Gewerkschaftskommission wurde hervorgehoben, das der geheime Solidaritätsfonds, der schon eine sehr wesentliche Höhe erreicht hat, den Unternehmern Respekt einflößt und sie friedlichen Verhandlungen und Tarifabschlüssen geneigt macht. Der Kongreß faßte eine scharfe Erklärung gegen den tschechischen Separatismus, der durch seine Zersplitterungstaktik nur den Kapitalismus stärkt; es wird betont, daß die internationale Organisierung der wirtschaftlichen Kämpfe gegen den Kapitalismus eine unabwendbare Notwendigkeit ist, weshalb der Kampf gegen den Separatismus ein Kampf für die gesamte gewerkschaftliche Internationale sei. Nach einem Protest gegen einen neuerlichen Anschlag der Regierung gegen die Krankenkassen nahm der Kongreß Stellung zu den Jugendorganisationen, indem er zum Kampf gegen die bürgerliche Jugendverführung und zur Förderung des Verbandes jugendlicher Arbeiter Österreichs durch die Gewerkschaften aufforderte. Sodann behandelte er die Tätigkeit des k. Arbeitsstatistischen Amtes, die gesetzliche Regelung der Helmarbeit, die Stellung des Parlaments zum Arbeiterschutz, wobei er die Forderungen der österreichischen Gewerkschaften an die Gesetzgebung zum Schutze der Arbeiter in 18 Leitsätzen zusammenfaßte, und zu den Zoll- und Handelsverträgen. Zum Schluß billigte der Kongreß das Vorgehen der Gewerkschaftskommission gegen den Tabakarbeiterverband, der, weil er für eine Ortsgruppe aus Beiträgen an die separatistische Zentrale in Prag geleistet hatte, aus dem Verbands der öster-

reichischen Gewerkschaften ausgeschlossen worden war; er stellte es aber den Tabakarbeitern anheim, unter Einhaltung der hierfür maßgebenden Beschlüsse ihre Wiederaufnahme in den Verband zu beantragen. Die Organisation der Land- und Forstarbeiter soll durch alle Verbände tatkräftig gefördert werden. Die Reichsgewerkschaftskommission wurde einstimmig wiedergewählt.

Soziale Monatsschau.

Berlin, den 13. Oktober 1913.

Sozialpolitische Tagungen: Konferenz der Arbeitnehmerbesitzer der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte; Verbandstag deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte; Verbandstag deutscher Betriebskrankenkassen; 2. Internationales Arbeiterschutzkongreß der Industriestaaten Europas.

In die letzte Berichtsperiode fallen, wie schon in die vorige, wieder mehrere Tagungen von großer sozialpolitischer Bedeutung, deren wichtigste Ergebnisse in Folgendem kurz zusammengefaßt werden sollen.

Da ist zunächst über die Konferenz der Arbeitnehmerbesitzer der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zu berichten, die von der Generalkommission der Gewerkschaften einberufen wurde und am 16. und 17. September in Leipzig stattfand. Früher bestand eine besondere Zentralkommission der Gewerbegerichtsbesitzer mit dem Sitz in Dresden. Diese Kommission wurde vor drei Jahren aufgehoben und ihre Aufgaben werden seither von der Sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission erfüllt. Über deren Tätigkeit berichtete Robert Schmidt, der unter anderem auf die Rechtsbelleage zum Korrespondenzblatt der Generalkommission hinwies, mit deren Herausgabe einem Wunsche der letzten Konferenz Rechnung getragen wurde. Ein Handbuch für die Gewerbegerichtsbesitzer ist in Vorbereitung und wird im nächsten Jahre herauskommen, auch dem Wunsche nach Herausgabe eines Musterstatuts für Gewerbegerichte wird Rechnung getragen werden. Über die »Rechtsprechung der Gewerbegerichte seit der letzten Konferenz« referierte Lüftich-Leipzig. In der Diskussion wurde die allgemeine Zulassung der Arbeitersekretäre gefordert, aber auch betont, daß die Besitzer so geschult sein müssen, daß sie die Rechte der Arbeiter schützen können. In seinem Vortrag über die »Ausdehnung der Zuständigkeit der Gewerbegerichte« wies Paul Starke-Dresden darauf hin, daß die Konkurrenzklausele auch im gewerblichen Arbeitsverhältnisse, z. B. bei Milchauträgern, Kutschern, Hausdienern, Schneidern, Kunstformern, Spezialarbeitern und Werkmeistern immer größere Verbreitung finde. Die Konkurrenzklausele müßte im gewerblichen Arbeitsverhältnis als unzulässig bezeichnet werden. Die Diskussion brachte Übereinstimmung darin, daß auch die Gewerbegerichte, wie es bei den Kaufmannsgerichten bereits der Fall ist, für Streitigkeiten aus Konkurrenzklausele zuständig sein müssen. Ebenso müßte das Gewerbegericht für alle Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis ohne Unterschied des Berufes, also auch für Musiker, das niedere Theaterpersonal, für Gärtner, Landarbeiter und Dienstabote zuständig sein. Zum Schluß referierte Körsten-Berlin über die »Verhältnisauswahl zu den Gewerbegerichten«. Als Ergebnis der daran anschließenden Aussprache wurde festgestellt, daß die Konferenz die allgemeine Einführung des Verhältnissystems mit gebundenen Listen wünscht.

Unmittelbar nach dieser Konferenz, vom 18. bis 20. September, wurde ebenfalls in Leipzig der Verbandstag deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte abgehalten. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand das Referat von Dr. H. Sinzheimer-Frankfurt a. M. über »Grundgedanken eines einheitlichen Arbeiterrechts in Deutschland«. Sinzheimer will zu einem einheitlichen Arbeiterrecht kommen durch Vereinachung und Zentralisation des Rechtsstoffes und gleichzeitiger Dezentralisation der Rechtsbildung und Rechtsfindung. Zur Zentralisation des Rechtsstoffes gehört die Regelung der Rechtsverhältnisse gewisser Arbeiterkategorien, wie Bergarbeiter, Gesinde, Landarbeiter, die jetzt landesgesetzlichen Vorschriften unterstehen, durch Reichsgesetz, welches auch Rechtsnormen für die Berufe schaffen müßte, über deren Rechtsverhältnisse überhaupt keine Klarheit besteht, wie z. B. die Eisenbahner, Krankenpfleger usw. Dazu gehört ferner die Schaffung allgemein gültiger Bestimmungen für alle Personen, die überhaupt einen Arbeitsvertrag abschließen. Heute bestehen verschiedene Berufsrechte für die verschiedenen Kategorien von Privatangestellten, wie Handlungsgehilfen, Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker, Bureauangestellte usw., die ihre Entstehung historischen Zufälligkeiten verdanken. Es gibt aber keinen sachlichen Grund, der gegen die einheitliche Regelung des Rechtes dieser Angestelltenkategorien spricht. Diese Zentralisation des Rechtsstoffes ist aber kein Hindernis für eine Dezentralisation der Rechtsbildung und Rechtsfindung. In dieser Hinsicht legt Sinzheimer den Tarifverträgen eine große Bedeutung bei. Sie schaffen für die einzelnen Gruppen, für die sie abgeschlossen werden, eine Regelung des Arbeitsverhältnisses. Dazu gehört aber, daß die Tarifverträge eine gesetzliche Sicherung erhalten, denn nur so können sie die Gesetzgebung ergänzen. Weiter fordert Sinzheimer eine Ausgestaltung der Gewerbe-, Kaufmanns- und Innungsgerichte zu Arbeitsgerichten, die alle Streitigkeiten aus jedem Arbeitsverhältnis bis zu einer festzu-

Unsere Justiz.

IV.

Man wird den Ausnahmeharakter des § 153 der Gewerbeordnung vielleicht damit bestreiten wollen, daß er sich theoretisch gegen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in völlig gleicher Weise richtet. Hier aber greift nun die Gerichtspraxis ein:

Gegen einen Obermeister Müller, der öffentlich erklärt hatte, »mit den Bäckermeistern, die die Forderungen der Gesellen bewilligen, müßte man allein in den Wald spazieren gehen«, wurde vom Staatsanwalt nicht eingeschritten, ebensowenig gegen die Agrarkorrespondenz, die geschrieben hatte, der deutsche Brenner, der den Beitritt zur Gesellschaft versagt, vertritt den Anspruch auf berufliche Achtung, man müsse ihn für immer stigmatisieren, ihm gebühre ein Pfui. Desgleichen sei darauf hingewiesen, wie beim Bäckerstreik 1907 Staatsanwalt und Oberstaatsanwalt es ablehnten, gegen die Bäckermeister Schmidt und Milleville einzuschreiten, die sich den schlimmsten Terrorismus gegen ihre Kollegen hatten zuschulden kommen lassen, und erst durch Anrufung des Kammergerichts die Eröffnung des Verfahrens durchgesetzt werden konnte. Ähnlich war es 1909 in Hamburg, wo die Staatsanwaltschaft es ablehnte, gegen den Bäckermeister Ruppelt einzuschreiten, und erst eine Beschwerde beim Oberstaatsanwalt Erlola brachte. R. wurde verurteilt.

Während des 33. Wochens dauernden Tischlerstreiks in Hamburg 1911 versuchte die Unternehmerorganisation den Firmen, welche die Arbeiterforderungen bewilligt hatten, das Material zu sperren. Zu dem Zweck versandte der Sekretär des Unternehmerverbandes, Hauptmann a. D. Gurllit, an die Holzhandlender und Materialfabrikanten folgendes Schreiben:

»Beifolgend übermittle ich Ihnen eine Liste derjenigen Tischlerereien, welche sich den Bedingungen des Holzarbeiterverbandes unterworfen haben und dadurch dem hiesigen Holzgewerbe die schwersten Schädigungen zugefügt haben. Wir bitten Sie deshalb dringend, diesen Firmen Holz und Baumaterialien nicht verabfolgen zu wollen. Eine große Zahl Ihrer Kunden hat sich entschlossen, es von Ihrem Verhalten in Bezug auf die oben ausgesprochene Bitte abhängig zu machen, ob sie den Bedarf an Holz usw. bei Ihnen decken.«

Wegen des Rundschreibens der Unternehmerorganisation stellte eine der in dem Zirkular genannten Firmen Strafantrag wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung. Der Staatsanwalt lehnte aber ein Einschreiten ab. Eine Beschwerde beim Oberstaatsanwalt war erfolglos, und das angeseufte Hanseatische Obergericht entschied endgültig, daß kein Anlaß zum Einschreiten vorliege. Es handelte sich um keine Verurteilung, sondern »um nichts weiter als um ein Ersuchen, im Hinblick auf die großen Schädigungen, welche die betreffenden Tischlerereien den anderen Betrieben zugefügt hätten, die Materialsperrung über diese zu verhängen«. Auch eine gegen die Empfänger gerichtete Drohung mit dem Entzug der Kundschaft, um sie zu bewegen, sich den Bestrebungen des Arbeitgeberverbandes anzuschließen, kommt nicht in Betracht, »sondern lediglich die Anwendung eines im wirtschaftlichen Kampfe erlaubten Mittels, in welchem nach den neueren Entscheidungen des Reichsgerichts (vergl. Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen Bd. 64, Seite 33 ff.) keine Drohung zu erblicken ist.

Aber selbst in den seltenen Fällen, wo es zu einer Anklage kommt, lassen die Gerichte gegen Arbeitgeber eine Milde walten, die befremdend wirkt angesichts der hohen Strafen, die gegen Arbeiter, die genau das gleiche getan haben, verhängt werden.

Am 15. Juni 1908 hatten sich die Obermeister der beiden Bäckerinnungen Berlins, Schmidt von der »Konkordia« und Milleville von der »Germania« vor der 5. Strafkammer des Landgerichts I wegen Vergehens gegen § 153 der G.-O. zu verantworten. Während des großen Berliner Bäckerstreiks 1907, der bekanntlich zu einer Boykottierung der nicht geregelten Bäckergeschäfte durch die Arbeitermassen Berlins führte, faßten die Innungsvorstände den Beschluß, über die abtrünnig gewordenen Meister, die die Forderungen der Arbeiter bewilligten, mit Hilfe des Hefesyndikats eine Hefelieferungssperre zu verhängen. In Flugblättern, die den Zeltungen »Konkordia« und »Germania« beigelegt waren, wurde außerdem dem Bäckerhilfsverbande niedrige und verleumdende Kampfesweise vorgeworfen und die bewilligenden Meister Verräter, charakterlose Wichte usw. geschimpft, sowie neben der Hefeeinziehung die Sperrung des Kredits angedroht. Es hat lange gedauert, bis auf die Anzeige des Gehilfenverbandes sowie eines der sich beleidigt fühlenden Bäckermeister endlich der Staatsanwalt die Anklage erhob. Staatsanwalt und Oberstaatsanwalt sahen keinen Grund zum Einschreiten; erst das Kammergericht mußte angerufen werden und die Erhebung der Klage anordnen. Aus der Vernehmung der Angeklagten ergab sich zunächst, daß Obermeister Milleville zur Zeit des Streiks krank und deshalb nicht an den Maßregeln zur Abwehr des Boykotts beteiligt gewesen war, also aus der Anklage ausschied. Da der beteiligte Bäckermeister auch Strafantrag wegen Beleidigung stellte, so lag Idealkonkurrenz zwischen Beleidigung und § 153 vor. Die Strafe war aus den Beleidigungs-

paragrafen zu erkennen. Der Staatsanwalt plädierte auf eine geringe Geldstrafe. Darauf nahm der Vertreter des Nebenklägers den Strafantrag wegen Beleidigung zurück, so daß allein § 153 übrig blieb, der nur Gefängnisstrafe kennt. Nummern beantragte der Staatsanwalt gegen Schmidt, unter Berücksichtigung der Kampferbitterung und Erregung, die geringste zulässige Strafe von einem Tag Gefängnis. Der Vertreter des Nebenklägers, des Bäckermeisters Oberreiter, erklärte, daß es ihm um die Höhe der Bestrafung nicht zu tun sei, sondern nur um die gleichmäßige Anwendung des Rechts wie gegenüber den Arbeitern, so auch gegenüber dem Terrorismus der Arbeitgeberinnungen. Das Gericht kam in seiner 8 Tage darauf gefällten Entscheidung zur Verurteilung des Obermeisters Schmidt zu drei Tagen Gefängnis wegen Vergehens gegen § 153 der G.-O. Aber auch diese geringe Strafe brauchte Schmidt nicht abzusetzen. Auf dem Gnadwege wurde sie ihm in 30 Mk. Geldstrafe umgewandelt.

Man beachte übrigens im vorstehenden Falle den köstlichen Ausspruch des Staatsanwalts, daß die Kampferbitterung und Erregung als mildernder Umstand gelten müsse. Wann hat ein Staatsanwalt oder ein Gericht in den gesamten Ruhrstreikprozessen 1912 den gleichen Milderungsgrund gefunden? — Ja, die Kampferbitterung eines Arbeitgebers ist berechtigtes Gefühl, aber die Kampferbitterung eines Arbeiters muß mit exemplarischen Gefängnisstrafen gerochen werden.

Ein anderer Fall, der allerdings nicht direkt unter § 153 fällt, da dieser ja bloß bei Lohn- und Arbeitskämpfen angewendet wird, ist der folgende:

In der Stadt Schweinfurt hat die Metzgerinnung den Beschluß gefaßt, ihre Mitglieder zu verpflichten, daß sie bei Fleischlieferungen an staatliche und städtische Institute keinen Rabatt mehr gewähren. Ein Mitglied, das diesen Beschluß mißachtete, wurde nach allen Regeln der Kunst terrorisiert. Auf dem Schlachthofe kam es zu einem fürchterlichen Skandal; der zweite Vorsitzende der Innung beschimpfte den »Streikbrecher« und bearbeitete ihn schließlich derart, daß der Geschlagene mehrere Tage bettlägerig war. Bei Gericht kam der Innungsvorsitzende, der dem Abtrünnigen so entschiedene Solidarität einbläuen wollte, mit 10 Mk. Geldstrafe davon.

Hier darf wohl gleich eine Parallele aus den Ruhrstreikprozessen eingeschaltet werden:

Der Bergmann B. aus Bodum hatte zu dem Arbeitswilligen gesagt: »Wenn Du nichts zu essen hast, kann ich Dir Brot geben.« Später gab er dem E. auch einen Schlag auf den Kopf, der aber keine weiteren Folgen hatte. Die Strafkammer Bodum verhängte über ihn 9 Monate Gefängnis. — Die Bergmannsrau N. aus Bövinghausen hatte am 12. März einigen Arbeitswilligen »Pfui« zugerufen; ein andermal hatte sie Arbeitswilligen Pfeffer ins Gesicht geworfen. Sie erhielt — obwohl bis dahin unbescholten — von der Strafkammer in Dortmund am 4. April 7 Monate Gefängnis. Das Gericht begründete die hohe Strafe mit der »verbrecherischen Energie«, die die Angeklagte gezeigt habe. Die Bergleute Ch. und Z. sowie die Bergmannsrau St. aus Holsterhausen hatten Arbeitswillige mit Steinen geworfen. Ch. markierte den »Dummen«, er sei aufgehetzt worden. Er erhielt dafür von der Bodumer Strafkammer nur einen Monat Gefängnis. Dagegen erhielten der Bergmann Z. 9 Monate Gefängnis, die Ehefrau St. 7 Monate Gefängnis.

Solche Fälle lieben sich noch ein paar Dutzend anzuführen. Doch zurück zur Bestrafung der Unternehmer wegen Koalitionszwanges.

Da der § 153 auch Handlungen gegen Streikbrecher unter Strafe stellt, die nach den allgemeinen Strafgesetzen keinerlei strafbare Handlungen vorstellen, so läßt sich leicht denken, was sich hier für eine Judikatur herausgebildet hat. Man kann zu einem Streikbrecher kaum etwas sagen, was nicht strafbar ist. Der leibste Appell an das Ehrgefühl, Worte wie: »Schämt Ihr Euch denn nicht?« oder: »Ihr werdet uns doch nicht in den Rücken fallen« sind zu dutzenden von Malen als Beleidigung von Streikbrechern bestraft worden.

Rechtsanwalt Dr. Weinberg gibt in der Festschrift für Professor Liszt eine Blütenlese von Ausdrücken, die als Streikbrecherbeleidigungen mit Strafe geahndet worden sind. Wir können diese Liste noch ergänzen:

Für die Worte eines ergrauten Arbeiters an zwei Streikbrecher: »Schämt Ihr Euch nicht? So jung und schon so verdorben!« verhängte das Schöffengericht Hamburg unter dem Vorsitz des Amtsrichters v. Lösel zwei Wochen Gefängnis. (September 1911.) — Das Wort »Ekel« kostete einem Mansfelder Bergarbeiter (März 1910) einen Monat Gefängnis. — »Red' nicht mit dem, der schaft ja«, wird als Beleidigung mit Geldstrafe geahndet. Die Worte: R. handle ehlos, wenn er den Kollegen in den Rücken falle, ahndet das Schöffengericht Rixdorf mir drei Monaten, das Landgericht Berlin mit 2 Wochen Gefängnis.

Während des Breslauer Glaserstreiks 1912 redeten die Verbandsbeamten Nitzsche und Bensch einen Glaser Thiel, der versprochen hatte, mitzustricken, sein Wort aber nicht gehalten hatte, auf der Straße an, und Nitzsche sagte: »Kollege Thiel, ich möchte Sie einmal sprechen. Am besten wäre es, wir gingen in ein Lokal, da läßt sich besser verhandeln.« Nichts weiter! Die paar Worte genügten aber, um ein Vergehen gegen § 153 zu kon-

setzenden Gehaltsgrenze zu entscheiden hätten. In der Diskussion lehnten die Unternehmervertreter sowohl ein einheitliches Arbeiterrecht als auch die gesetzliche Regelung des Tarifvertrages ab. Auch die Vertreter einiger Handlungshilfsverbände wandten sich aus Ständesrücksichten (!) gegen eine Vereinheitlichung des Arbeiterrechts. Sie wurden durch die Vertreter der freien Gewerkschaften mit guten Argumenten abgeführt. — Über die »Vertretung vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten« referierte Dr. Wagner-Nürnberg, der dafür eintrat, für die Kaufmannsgerichte eine Vertretung durch Rechtsanwältinnen zuzulassen, nicht aber auch für Gewerbe-gerichte, während der Korreferent Rechtsanwalt Busch-Gladbeck i. W. für unbeschränkte Zulassung von Rechtsanwältinnen vor beiden Arten von Gerichten eintrat. Die Aussprache ergab, daß die überwiegende Mehrzahl der Versammelten gegen eine Änderung des bestehenden Zustandes ist, die nur von einigen Rechtsanwältinnen gewünscht wird. Dagegen wurde betont, daß die Zulassung von Arbeitersekretären, Gewerbegerichtsbeisitzern und Organisationsvertretern notwendig sei. — Sodann sprach Dr. Falk-Frankfurt a. M. über »Aufrechnung, Zurückhaltung und Beschlagnahme des Arbeitslohnes«. Die hierbei in Betracht kommenden gesetzlichen Vorschriften stehen in der Gewerbeordnung, dem bürgerlichen Gesetzbuch und dem Lohnbeschlagengesetz. Der Referent ist der Ansicht, daß sich diese Gesetze nicht widersprechen, aber unter den Juristen herrscht Meinungsverschiedenheit über die Auslegung und über die Art, wie sich die Gesetze gegenseitig ergänzen. In der Diskussion wurde eine Menge Material zutage gefördert, das deutlich beweist, daß die Zustände auf dem in Frage kommenden Gebiet unheilbar geworden sind. Deshalb konnte auch zum Schluß der Senator Grote-Hannover der Ansicht der Versammlung dahin Ausdruck geben, daß die gegenwärtigen Verhältnisse unbedingt einer Änderung bedürfen.

Ferner tagte Ende September in Berlin der Verband der Betriebskrankenkassen unter dem Vorsitz des Krupp-Direktors Justizrat Wandel. Man gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Bundesregierung die Wahlvorschriften für die Kassenwahlen und Versicherungsbehörden in der jetzigen Übergangszeit angemessen abkürzen würden. Dann stimmte man einem Übereinkommen zwischen Krankenkassen und Berufsgenossenschaften über den Ersatz der Kosten des Hellverfahrens zu. Die Forderungen des Leipziger Ärzteverbandes in seinem Mustervertrage wurden als unannehmbar erklärt. Sollten die organisierten Ärzte ihre Forderungen nicht beschränken, dann müßte von dem § 370 der Reichsversicherungs-Ordnung Gebrauch gemacht werden, wonach an Stelle der ärztlichen Behandlung Geldleistung treten kann. Dadurch würden die Ärzte schon zu einem für die Kassen annehmbaren Frieden gezwungen werden.

Während die vorstehend behandelten Tagungen nur für Deutschland von Bedeutung waren, trug eine weitere in die Berichtszeit fallende Tagung internationalen Charakter; es ist die zweite Internationale Arbeiterschutzkonferenz der Industriestaaten Europas. Sie fand vom 15. bis 25. September in der Schweizer Bundeshauptstadt Bern statt und vereinigte das ganze industrielle treibende Europa, denn 15 Staaten hatten offizielle Vertretungen entsandt. Nur die Balkanstaaten, Dänemark und Luxemburg waren nicht vertreten. Die Konferenz, deren Verhandlungen vertraulich waren, hatte die Aufgabe, die technische Grundlage für die neuen Arbeiterschutzverträge zu beraten und zu vereinbaren; die endgültige Feststellung und Unterzeichnung soll aber einer Diplomatenkonferenz, die 1914 zusammentreten soll, vorbehalten bleiben. Das Ergebnis der Berner Tagung stand freilich in gar keinem Verhältnis zu ihrem Umfange, ihrer Dauer und dem Tamtam, der von ihr gemacht worden ist. Sie hat beschlossen: Die Durchführung des Zehnstundentages für Frauen ohne Unterschied des Alters und für Jugendliche bis zum 16. Jahre, das ausnahmslose Verbot der Nachtarbeit Jugendlicher unter 14 Jahren und im Prinzip das Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche bis zum 16. Jahre. Das ist alles. Der krebende Berg hat wieder einmal ein Mäuslein geboren. Für die deutsche Arbeiterschaft sind diese Beschlüsse ohne jede Bedeutung. Anders wäre es gewesen, wenn das Schutzzalter für Frauen und Jugendliche auf 18 Jahre festgesetzt worden wäre. Tief beschämend ist es, daß gerade von der deutschen Vertretung die stärkste Opposition dagegen gemacht wurde und daß sie selbst gegen den niederländischen Vermittlungsantrag, Erhöhung auf 17 Jahre, stimmte. Das ist um so unverständlicher, als in Frankreich, England und den skandinavischen Ländern der Jugendlöhnschutz bis zum 18. Jahre bereits seit vielen Jahren, in Frankreich z. B. schon seit mehr als zwei Jahrzehnten, durchgeführt ist, ohne für die Industrie ungünstige Begleiterscheinungen gezeigt oder irgendwelchen Produktionsrückgang verursacht zu haben. Deutschland hat sich also wieder einmal als ein gegen jeden sozialpolitischen Fortschritt wirkender Staat erwiesen, und es wird noch verschiedener politischer und gewerkschaftlicher Wirksamkeit der deutschen Arbeiterschaft bedürfen, um die deutsche Reaktion zu brechen und damit einer lebhaften Förderung der Sozialpolitik in ganz Europa den Boden zu ebnet.



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Unser Verband im Lichte der allgemeinen Gewerkschaftsstatistik für das Jahr 1912.

I.

Nachdem wir in Nr. 30 der »Gr. Pr.« bereits einen Rückblick auf unsern Verband im Jahre 1912 gegeben und in Nr. 38 an der Hand der Statistik der Generalkommission über die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1912 die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen behandelt haben, bleibt uns noch übrig, auf Grund der erwähnten Statistik die Stellung zu untersuchen und festzustellen, die unser Verband im Rahmen der gesamten deutschen Gewerkschaften im Jahre 1912 eingenommen hat.

In Bezug auf die Mitgliederzahl stand unser Verband, wie sich aus der Statistik ergibt, mit seinen 16760 Mitgliedern im Jahresdurchschnitt 1912 unter den 48 freien Gewerkschaften an zweiundzwanzigster Stelle: 1911 nahm er noch unter 51 Verbänden die zwanzigste Stelle ein. An erster Stelle rangierte nach den absoluten Mitgliederziffern nach wie vor der Metallarbeiterverband mit 535903, an letzter der Verband der Notenstecher mit 442 Mitgliedern.

Leider kann nicht positiv festgestellt werden, an welcher Stelle unser Verband rangiert, wenn statt der absoluten Zahlen das weit wichtigere prozentuale Stärkeverhältnis der Organisationen, d. h. also das Verhältnis der Zahl der Organisierten zur Zahl der Organisationsfähigen in den einzelnen von den Verbänden vertretenen Arbeiterkategorien, in Betracht gezogen wird, denn derartige Ziffern in Bezug auf die einzelnen Verbände fehlen in der Statistik der Generalkommission. Aber auch für die verschiedenen Gewerbe- und Industriegruppen bringt die diesjährige Statistik im Gegensatz zu ihrer Vorgängerin leider keine derartigen Angaben, so daß sich diesmal auch nicht feststellen läßt, welche Stellung die Verbände des polygraphischen Gewerbes in ihrer Gesamtheit im Vergleich zu den Verbänden für die anderen Gewerbe- und Industriegruppen einnehmen. Aus der vorjährigen Statistik ergab sich die erfreuliche Tatsache, daß die Organisationen des polygraphischen Gewerbes (Buchdrucker, Lithographen und Steinsetzer, Druckereihilfsarbeiter, Notenstecher, Xylographen) mit 71,12 Proz. der Organisierten unter den Verbänden aller anderen Gewerbe und Industriegruppen weitaus an erster Stelle marschierten. Da alle übrigen Verbände, als nächster der Gemeindefacharbeiterverband mit 49,68 Proz., erst in weitem Abstände folgten, der im Jahre 1912 in keiner Weise ausgeglichen werden konnte, nehmen die Verbände des polygraphischen Gewerbes zweifellos auch in diesem Jahre unbestritten den ersten Platz in Bezug auf den Prozentsatz der Organisierten zu den Organisationsfähigen ein.

Aber auch in mancher anderen Beziehung marschieren die Verbände des polygraphischen Gewerbes den meisten übrigen Organisationen weit voraus. Das zeigt zunächst ein Vergleich der Einnahme- und Ausgabeziffern im Jahre 1912, und zwar wiederum nicht der absoluten Zahlen, die keinen Überblick über die Leistungen jedes Mitgliedes an seine Organisation und der Organisation an ihre Mitglieder gewähren, sondern der durchschnittlich auf jedes einzelne Mitglied entfallenden Einnahme- und Ausgabe-posten, die allein zuverlässige Vergleiche zwischen den einzelnen Verbänden ermöglichen.

Die deutschen Gewerkschaften insgesamt erzielten im Jahre 1912 durchschnittlich pro Kopf der Mitglieder eine Einnahme von 31,71 Mk., gegen 31,06 Mk. im Jahre 1911. Unser Verband hatte eine Kopfeinnahme von 64,26 Mk. und stand damit weit über dem Durchschnitt. Er

rangierte aber auch vor allen andern Verbänden, da die Verbände der Notenstecher und Buchdrucker, die ihm bezüglich der Kopfeinnahme am nächsten kamen, 64,19 Mk. bzw. 58,47 Mk. erzielten. Die niedrigste Kopfeinnahme hatte im Jahre 1912 der Handlungsgehilfenverband mit 14,04 Mk. Auch in Bezug auf die reinen Beitragseinnahmen nahm unser Verband im Jahre 1912 mit 63,51 Mk. die erste Stelle ein; auch hier folgten ihm die Verbände der Notenstecher mit 57,19 Mk. und der Buchdrucker mit 52,50 Mk.

Die Ausgabesumme aller freien Gewerkschaften pro Kopf der Mitglieder bezifferte sich 1912 auf 24,15 Mark, gegen 25,86 Mark im Jahre 1911. Die Jahresausgabe unseres Verbandes pro Kopf stand infolge der hohen Aufwendungen für Streik- und Aussperrtenunterstützung, die er in den ersten Monaten des Jahres 1912 wegen der großen Bewegung im Lithographie- und Steindruckgewerbe zu machen hatte, mit 94,24 Mk. weit über diesem Durchschnitt; unsere Organisation nahm damit auch in Bezug auf die Gesamtausgabe unter allen Verbänden die erste Stelle ein. Ihr folgten die Zigarrensortierer mit 58,00 Mk., die Notenstecher mit 48,13 Mk., die Buchdrucker mit 46,77 Mk., die Porzellanarbeiter mit 46,17 Mk. und so fort bis zum Verbands der Blumenarbeiter mit 10,96 Mk.

Von der Gesamtausgabe unseres Verbandes entfielen auf: Reiseunterstützung 1,49 Mk. (mit den Glasern die dritte Stelle, vor ihm Buchdrucker mit 3,41, Kupferschmiede mit 1,68 Mk.); Umzugsunterstützung 1,18 Mk. (erste Stelle); Arbeitslosenunterstützung 8,49 Mk. (siebente Stelle, vor ihm Buchdrucker mit 17,27, Zigarrensortierer mit 12,42, Glaser mit 11,59, Bildhauer mit 11,49, Xylographen mit 11,5, Zimmerer mit 10,85 Mk.); Krankenunterstützung 11,69 Mk. (dritte Stelle, vor ihm Notenstecher mit 16,69, Buchdrucker mit 13,60 Mk.); Invaliden- (und Witwen-) Unterstützung 8,53 Mk. (zweite Stelle, vor ihm Notenstecher mit 21,67 Mk.); Sterbefallunterstützung 0,91 Mk. (sechste Stelle, vor ihm Buchdrucker mit 1,47, Notenstecher mit 1,35, Kupferschmiede mit 1,33, Gemeindefacharbeiter mit 1,12, Steinsetzer mit 1,09 Mk.). Infolge der großen Streik- und Aussperrbewegung, die unser Verband 1911 und 1912 zu führen hatte, waren seine Ausgaben für Streik- und Aussperrtenunterstützung von 5,03 Mk. pro Kopf im Jahre 1910 schon im Jahre 1911 auf 56,14 Mark gestiegen; sie gingen 1912 etwas zurück, betragen aber immer noch 49,80 Mk. Während unser Verband in dieser Beziehung im Jahre 1910 erst an einundzwanzigster Stelle kam, hatte er 1911 sowohl als auch 1912 von allen Verbänden die höchsten Streikausgaben. Ferner verausgabte unser Verband noch für: Tarifinstanzen 0,24 Mk. (dritte Stelle, vor ihm Bauarbeiter mit 16,01, Schneider mit 0,34 Mk.); Rechtsschutz 0,18 Mk. (siebzehnte Stelle, mit Bäckern und Zimmerern); Gemäßregeltunterstützung 0,23 Mk. (zwanzigste Stelle, mit Sattlern und Transportarbeitern); Bildungszwecke (Verbandsorgan, sonstige Zeitungen, Bibliotheken, Unterrichts-kurse, Statistiken) 2,75 Mark (dritte Stelle); sonstige Ausgaben wie Agitation, Druckschriften und Broschüren etc., Stellenvermittlung, Konferenzen und Generalversammlungen, Beiträge an die Generalkommission, an die internationale Verbindung, an Kartelle und Sekretariate usw. ausschl. Verwaltungskosten 2,08 Mark (dreißigste Stelle).

Wie diese Gegenüberstellungen ergeben, stand unser Verband zwar in Bezug auf die Leistungen, die jedes Mitglied ihm gegenüber zu erfüllen hatte, an erster Stelle, aber er nahm auch bezüglich der Leistungen an seine Mitglieder stets mit die ersten Stellen ein. Das lehren besonders die für Reise-, Umzugs-, Arbeitslosen-, Kranken-, Invaliden und Witwen- und Sterbefallunterstützung durchschnittlich für jedes Mitglied verausgabten Summen. Wie diese Ausgaben von dem ausgedehnten sozialen Wirken unseres Verbandes Zeugnis ablegen,

so kennzeichnen die für Kampfzwecke verausgabten Summen seine gewerkschaftliche Arbeit, die allerdings beim Kampfe 1911 und 1912 von einem befriedigenden Erfolge leider nicht begleitet war. Der Umstand, daß die zuletzt erwähnten sonstigen Ausgaben nur in sechs Verbänden niedriger waren als bei unserer Organisation, lehrt ebenfalls, daß unser Verband in Bezug auf die möglichst nutzbringende Verwendung seiner Mittel unter allen Verbänden mit an erster Stelle steht.

Die hohen Ausgaben für Kampfzwecke, die ein starkes Überwiegen der Ausgaben über die Einnahmen in den Kampfjahren 1911 und 1912 zur Folge hatten, konnten natürlich auf das Vermögen unseres Verbandes nicht einflußlos bleiben. Es betrug pro Kopf der Mitglieder am Schluß des Jahres 1912 nur noch 12,31 Mk., gegen 42,54 Mk. Ende 1911 und 56,84 Mk. Ende 1910. Er rückte damit von der vierten Stelle im Jahre 1910 und der fünften im Jahre 1911 an die einundvierzigste Stelle im Jahre 1912. Da aber jetzt bereits wieder in jedem Quartal erhebliche Überschüsse erzielt werden, dürfte er sich bald wieder seinen alten Platz unter allen deutschen Gewerkschaften zurückerobern. Das durchschnittliche Kopfermögen aller freien Verbände betrug 1912 31,93 Mk. gegen 26,76 Mk. im Jahre 1911. Das höchste Kopfermögen hatten die Notenstecher mit 228,12 Mk. und die Buchdrucker mit 151,79 Mk., das niedrigste die Handlungsgehilfen mit 3,61 Mk. und die Tabakarbeiter mit 2,94 Mk.

Die erste Geige.

Es war einmal ein Mann, der machte sich recht viele und gute Vorsätze, und dieweil er diese Arbeit jeden Tag wiederholte, vergaß er die Ausführung der einmal gefaßten Vorsätze. Es war aber noch ein Mann, der machte sich nur einen guten Vorsatz, und erst wenn er den einmal gefaßten ordentlich durchgeführt und erledigt hatte, machte er sich einen neuen. So ähnlich begann irgend eine Erzählung, und so ähnlich liegen die Dinge in den Organisationen. Da haben sich die modernen Arbeiter vorgenommen, den alles verheerenden Kapitalismus zu besiegen und zu beseitigen. Ein Sieg kann durch Kämpfe errungen werden. Die Kämpfe wieder erfordern eine Taktik oder Strategie, wie man sagt. Zum anderen und wichtigsten erfordern die Kämpfe Streiter, rechte viele und gute Streiter, die sich bewußt sind, für eine gute Sache zu kämpfen. Das Bewußtsein kann aber nur durch Aufklärung usw. wachgerufen werden. Hier befinden wir uns aber an dem wunden Punkte, wo der eine viele Vorsätze faßt, aber keinen ausführt, während der andere... aber das sagten wir bereits oben. Derjenige, der seinen Vorsatz ausführt, hat Arbeit davon; derjenige aber, der ihn nicht ausführt, kann seine Ruhe bewahren. Dieses »Ruhebewahren« ist wohl auch der Hauptgrund, warum man seine Vorsätze nicht ausführt. Man sagt sich: kommt Zeit, kommt Rat! Zur gegebenen Zeit werden wir schon auf dem Posten sein. Ja, wir hörten schon einmal sagen: »Na, das steht doch fest, daß wir keine Geschichte machen können.« (Der Sprecher hatte wohl einmal etwas von der Lehre des historischen Materialismus gelesen.) Aber gut, wenn wir auch die Geschichte nicht machen können, so machen wir sie doch, und zwar dadurch, daß wir durch die Agitations- und Organisationsarbeit die Menschen zu Kämpfern erziehen, die bewußt an der Beseitigung aller wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten mitarbeiten und dadurch diese Beseitigung beschleunigen. Natürlich würde sich die Beseitigung aller Ungleichheiten auch so errelhen lassen — die Verhältnisse drängen letzten Endes dahin —, doch wird dazu eine viel größere Spanne Zeit nötig sein, als wenn wir aufklärend wirken. Können wir so die Vorteile aus einer entfalteten Tätigkeit wahrnehmen, so muß man sich doch fragen: Warum nehmen nicht alle restlos an dieser Arbeit teil? Versuchen wir einmal, die Ursachen aufzufinden.

In fast jeder Verwaltung gibt es gewisse Kommissionen, die sich mit einem bestimmten Arbeitsgebiete zu befassen haben. Ohne Zweifel liegt darin ein Vorteil für die Gesamtheit. Durch die Einarbeitung in ein spezielles Gebiet ist es der betreffenden Körperschaft naturgemäß leichter, die Veranstaltungen im Interesse der Mitgliedschaft besser zu gestalten, als wenn sich die Ortsverwaltungen um jede Sache kümmern müssen. Gleichzeitig birgt aber die Spezialisierung der Gebiete auch eine große Gefahr in sich. Sehr oft greifen die Gebiete ineinander, sodaß mitunter an einer Sache zwei Kommissionen beteiligt sind. Eine Gefahr würde nicht vorliegen, wenn beide Kommissionen arbeitsfreudig wären. Nehmen wir aber einmal an, die eine Abteilung hätte sich in ihre Schummerede zurückgezogen und machte sich täg-

lich neue Vorsätze, aber sonst schlummerte sie ruhig weiter. Alle »Auferweckungsversuche« sind fruchtlos. Das zu behandelnde Gebiet kann aber auch die andere Kommission erledigen, da es auch als ihre Sache anzusehen wäre, und sie führt ihre Aufgabe auch durch. An sich ist es ja schließlich gleich, wer der Ausführende ist; es kommt wohl in der Hauptsache auf den Nutzen an. Aber jetzt wird sich die beiseite geschobene Kommission tief gekränkt fühlen. Ja, man wird der andern Kommission, wenn sie recht tätige Mitglieder hat, noch obendrein die schönsten Vorwürfe machen. Ist aber gar der Leiter der Kommission ein Dränger, der keine Gelegenheit unbenutzt läßt, um organisatorisch und agitatorisch tätig zu sein, so wird man ihm bald den ehrenden Beinamen »die erste Geige« geben. Des Unsinnigen ihrer Handlungsweise sind sich die Spender dieses Namens allenfalls gar nicht bewußt. Trotzdem führt es oft dazu, daß der Kollege arbeitsmüde wird.

Es ist schon oft an dieser Stelle über die Nörgerei der Kollegen — den Vorständen gegenüber — geklagt worden. Es ist aber auch einmal notwendig, auf die Nörgler und »Allesbesserwisser« und »Ebensokönner« innerhalb der Verwaltungen selbst aufmerksam zu machen. Da sitzen sie und hören sich die Ausführungen der Kollegen an, denken aber gar nicht daran, sie in die Wirklichkeit umzusetzen. Wenn man heute eine Anregung gibt, so ist das noch kein fertiger Plan; der muß erst ausgearbeitet werden. Und hier liegt der Hase im Pfeffer. Es gilt also, Arbeit zu leisten. Dazu gehört Zeit und Verbrauch von geistiger Kraft; aber zu diesen Opfern haben schließlich viele Kollegen keine Lust. Die Ruhe ist weit angenehmer als Arbeit und Vorwärtstreben. Man ist aber auch zufrieden, wenn ein anderer sich der Sache annimmt. Nur darf er nicht vergessen, den Namen der Ruhebedürftigen als »Veranstalter« stets lobend zu erwähnen. Wird es aber unterlassen, dann kann sich der andere freuen. »Du meinst wohl, das hätten wir nicht fertig gebracht?« — »Dich geht doch die Sache gar nichts an!« — »Ja, Du mußt natürlich die erste Geige spielen!« So und ähnlich lauten die unzähligen Einwände. Noch schlimmer ist es natürlich, wenn die Veranstaltung nicht erfolgreich gewesen ist. Trotzdem sind die »Kritiker« nicht in der Lage, etwas Besseres anzugeben. Man beschäftigt sich »augenblicklich« nicht mit dieser Materie usw. usw.

Auf diese Art, wir sagten es schon, verreckt man dem arbeitsfrohen Kollegen die Arbeit. Er wird aber arbeitsfreudig bleiben, wenn er die Triebabfeder der Nörgerei kennen lernt. Meistens fühlen sich Kollegen, die jahrelang irgend einen Posten inne haben, auf diesem Gebiete als Autorität. Ganz gleich, ob man tätig oder untätig war. Trifft letzteres zu, und ein jüngerer Kollege greift tatkräftig ein, so fühlt sich die »Autorität« verdunkelt und es kommt zum Nörgeln. Man muß dabei immer an die Geschichte vom Kolumbus denken. Wie jener Neider nur Vollbräutes nachahmen konnte, so ähnlich möchten auch viele Kommissionen arbeiten. Ein FF-Schema, dann braucht man sich nicht anzustrengen; die anderen denken und arbeiten ja für sie.

Man denke doch nicht, daß man, wenn von einer Zentrale Anregungen ausgehen werden, nur loszulegen braucht, und alles werde klappen. Arbeit, intensive Arbeit wird erforderlich sein, will man im Interesse der Gesamtheit wirken. Es hat deshalb keinen Zweck, einen Posten anzunehmen, bevor man sich eingehend geprüft hat, ob man ihn auch voll und ganz ausfüllen kann. Jedes Amt erfordert eine gewisse Intelligenz und besonders Arbeitsfreude. Ist beides nicht vorhanden, dann soll man lieber verzichten. Man soll bedenken, daß die eigene Untätigkeit lähmend auf die anderen Kommissionsmitglieder wirkt. Aber den allzeit eitrigen und tätigen Kollegen soll man auch nicht verdächtigen, als wenn er sich zum »Diktator« aufschwingen wolle. Wir sind auch der Meinung, daß dies ein Unding ist, wenn ihm die richtigen Kollegen zur Seite stehen. Solange wir aber mit untätigen Kommissionsmitgliedern zu rechnen haben, darf man sich nicht verdrüben lassen, wenn man bekräftigt wird. Man muß die Bahn, die aufwärts geht, weiter verfolgen, den Nörglern zum Trotz, der Gesamtheit zum Nutzen.

xilef.

Zum 18. Oktober 1913.

Wir schrei'n zu viel »Viktoria«,
»Hurra« und »Kling-Klang-Gloria«,
Wir feiern zu viel Feste.

Felix Dahn sagte das, und diesem patriotischen Dichter wird wohl niemand den Vorwurf machen wollen, daß er »rot« angehaucht gewesen sei. Im tollen Jahr 1913 wird überall in Deutschlands Gauen mit »Viktoria«, »Hurra« und »Kling-Klang-Gloria« das Möglichste an Festen geleistet. Am tollsten treiben es manche Kleinstädte, die sogar viele hunderte von Mark aus städtischen Mitteln bewilligen, um in Fackelzügen und Illumination zu »glänzen«.

Natürlich dürfen auch »vaterländische Festspiele« nicht fehlen. Wie durch diese Sorte deutscher »Dichtkunst« für die Verblindung des Volkes gewirkt wird, kann man im »Kunstwart« (XXIV, 3) nachlesen.

Am 18. Oktober, der hundertsten Wiederkehr der Völkerschlacht bei Leipzig, wird die diesjährige Hochflut von Festen ihren höchsten Punkt erreichen. Am 18. Oktober, einem Sonnabend, wird man in vielen Anstalten auch an die Kollegen herantreten, um sie zum Feiern zu veranlassen, natürlich ohne Bezahlung dieses vom Geschäft angeordneten Feiertages. Man wird die Sache so zu machen wissen, daß vielleicht durch Abstimmung des gesamten Personals eine »Vereinbarung« zwischen den Gehilfen und der Geschäftsleitung herauskommt, wie man es in bestimmten Betrieben schon bei einem »St. Sedantag«, leider mit Erfolg, machte. Man braucht dann seinen »Patriotismus« nicht zu bezahlen und kann als großer »Patriot« und zugleich auch als »Herr im Hause« gelten. Alle Kollegen müssen deshalb am 18. Oktober offene Augen haben, wenn sie durch den Festrummel nicht Schaden und Lohnleinbußen haben wollen. Würden doch die Unternehmer in manchen Städten — auch in Großstädten! — sogar durch die Handelskammern zur Schließung ihrer Betriebe aufgefordert. Unsere Kollegen müssen fest und einig den Standpunkt vertreten: Am 18. Oktober wird gearbeitet! Will der Unternehmer einen Feiertag machen lassen und den Betrieb schließen, dann mag er diesen eigenmächtig angesetzten Feiertag auch bezahlen!

Manche Unternehmer drohen mit »Arbeitsmangel«, wenn sich nicht die Kollegen auf einen ungesetzlichen Feiertag einlassen wollen oder bei seiner Nichtbezahlung mit Klage kommen sollten. Ein solcher schneidiger »Herr« sagte kürzlich: er wolle wieder mit verkürzter Arbeitszeit beginnen, wenn die Steindrucker-Kollegen ihn etwa wieder wegen Nichtbezahlung des ungesetzlichen Feiertages verklagen würden. Aber *bangemachen gilt nicht!* Darum, Kollegen: Die Augen offen halten und standhaft bleiben am 18. Oktober! S.

Technische Vorträge im Gau Nordbayern.

War die Gaukommission für Nordbayern schon vor der Generalsammlung in Stuttgart willens, die auf dieser Tagung den Delegierten vor Augen geführte Drucksachenausstellung auch der Kollegenschaft der größeren Druckstädte im Gau zugänglich zu machen, so fühlte sie sich nach dem Verbandstage geradezu verpflichtet, diesen Plan durchzuführen. Die Versammlungen fanden statt in Nürnberg am 24., in Fürth am 25. und in Würzburg am 27. September. Da es sich für Schwabach allein nicht lohnte, eine besondere Versammlung zu veranstalten, Schwabach aber nur 18 km von Nürnberg entfernt liegt, beschloß die Gaukommission, den Schwabacher Kollegen bei Besuch der Versammlung in Nürnberg die Fahrtkosten zu ersetzen. In allen drei Versammlungen hielt Kollege Herbst-Leipzig das Referat. Das Organ der Nürnberg-Fürther Arbeiterschaft, die »Fränkische Tagespost« schrieb hierüber folgendes:

Die Umwälzungen im graphischen Gewerbe. Im graphischen Gewerbe, insbesondere auf dem Gebiete der Reproduktionstechnik, in der Lithographie und im Steindruckgewerbe haben sich in der letzten Zeit Umwälzungen vollzogen, die weit über diese Berufskreise hinaus das größte Interesse hervorrufen. Es hat sich im letzten Jahrzehnt, hauptsächlich in den letzten Jahren gezeigt, daß selbst Berufsangehörige des graphischen Gewerbes vielfach der technischen Entwicklung nicht folgen oder sie nicht übersehen konnten. Die letzte Hauptversammlung des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe, die vor kurzem in Stuttgart tagte, hat beschlossen eine technische Zentrale zu gründen. Diese Gründung ist nur erfolgt, sie besteht in der Hauptsache darin, daß Erzeugnisse des graphischen Gewerbes, insbesondere der Lithographie, des Steindrucks und verwandter Berufsgruppen, gesammelt und gesichtet werden und die technische Entwicklung fortlaufend systematisch beobachtet und sachlich besprochen wird. Die Mitglieder des Verbandes sollen über den Stand und die technische Entwicklung des Berufes ständig auf dem laufenden gehalten werden. Am letzten Mittwoch war die Sammlung der technischen Zentrale, die in Leipzig ihren Sitz hat, in Nürnberg ausgestellt und zwar im Saale zur »Goldenen Rose«. Wände, Podium und Galerie waren mit Erzeugnissen aus der Lithographie behängt. Die überaus lehrreiche Ausstellung, die wert gewesen wäre, der Allgemeinheit auf einige Zeit zugänglich gemacht zu werden, gab nahezu ein vollständiges geschichtliches Bild des Reproduktionsgewerbes. Es waren aus allen Phasen der technischen Entwicklung, seit Senefelders genialer Erfindung, zahlreiche Objekte ausgestellt. In geradezu auffälliger Weise illustrierte die Ausstellung, daß die Arbeiter dieser Industrie mehr und mehr in die knechtische Fronarbeit schnell produzierender Maschinen gezwungen werden. Ohne weiteres ist an den ausgestellt gewesenen alten Kreidzeichnungen, Radierungen und den ersten Chrombildern zu ersehen, daß bei den Vervielfältigungsmethoden, die damals üblich waren, die Arbeiter im Lithographiegewerbe mit Muße und Ruhe hantierten, während bei den heutigen technischen Methoden aufreibendste Hetzerei Trumpf ist. Nicht minder interessant und lehrreich als die Ausstellung war

der Vortrag des Gauleiters Herbst-Leipzig, der am Abend im Ausstellungssaale abgehalten wurde. An der stark besuchten Versammlung nahmen Angehörige fast aller graphischen Berufe Nürnbergs teil. Unter anderem verwies der Redner auf die Teilarbeit und die Kolonnenarbeit, die heute allenthalben im graphischen Gewerbe insbesondere in der Lithographie, eingeführt sei. Mehr als in manch anderen Berufen legt das Kapital im graphischen Gewerbe den Hauptwert nicht darauf, gute Waren zu produzieren, sondern man erzeugt in der Hauptsache Waren, die leicht abzusetzen, zu »verramschen« sind. War früher das Werkzeug den Arbeitenden untergeordnet, so ist heute der Arbeitende gepelzter Sklave der Maschine. Der Kapitalismus läßt es nicht zu, daß die enormen Verbesserungen im Produktionsprozeß, verbesserte Maschinen, neue Verfahren usw. der Gesamtheit zugute kommen. Entwertung der menschlichen Arbeitskraft ist das Ziel der heutigen kapitalistischen Produktion. Längst würden infolge der Profitwut der Kapitalisten die Arbeitsbedingungen für die Arbeiter im graphischen Gewerbe ganz und gar unerträglich gestaltet sein, wenn nicht die ausgleichenden Bestrebungen der Organisationen wären. Diesen ausgleichenden Bestrebungen stellen die Unternehmer den schärfsten Widerstand entgegen und motivieren dies mit der unverschämten Lüge, die Arbeiter seien Feinde der technischen Verbesserungen. Die Unternehmer verschweigen, daß die Arbeiter die Fortschritte in der Technik zur Hebung der Lage der Allgemeinheit nützen wollen, während die Unternehmer alle Vorteile der Verbesserungen in der Technik für sich allein in Anspruch nehmen. Der Referent besprach dann noch das Lohnsystem im graphischen Gewerbe, die deutsche Wirtschafts- und Zollpolitik, die Maßnahmen der Polizei gegen die Kunst und gegen die Reklame. Die Arbeiter können sich nur vorwärts helfen, wenn sie sich starke moderne Organisationen schaffen. Der instruktive Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Am Donnerstag fand der gleiche Vortrag in Fürth statt, auch die wertvolle Ausstellung kam dorthin.

Wir können dem nur hinzufügen, daß alle Kollegen, die nicht anwesend waren, vieles versäumt haben. Eingeladen waren alle Kollegen, ob organisiert oder nicht. Und hier ist es charakteristisch, wie die vom Schutzverband protegierten Gelben diese Veranstaltung bewerteten. »Die Versammlungen sind doch nur auf den Gimpelfang berechnet, darum bleiben wir fern.« Spotten ihrer selbst und wissen nicht wie. Wir aber können uns mit dieser Auslegung als Selbstcharakterisierung einverstanden erklären. Sie die Gimpel, wir die Fänger. Was aber besser wäre, sich von der vorwärtsstrebenden Kollegenschaft »fangen« zu lassen, oder die Gefangenen ihrer wirtschaftlichen Gegner zu bleiben, wird die Zeit auch diesen Leuten lehren. Die Leimruten in der Form von 6000 Emmchen werden sich noch bitter rächen an denen, die sich das Sprichwort »O sankte Simplizitas« als Leitstern erkoren haben. fb.

Ortsberichte.

Selb. 1. Bay. Unsere Mitgliedschaft hielt am 21. September eine Versammlung in Hof ab, die sehr gut besucht war. Außer den dort beschäftigten Kollegen war die Mehrzahl der Selber, Rehauer und Lichtenberger Kollegen erschienen. Die Gauverwaltung hatte ihren Vorsitzenden, den Kollegen Billmann-Nürnberg, delegiert, der den Bericht über die Verhandlungen des Stuttgarter Verbandstages erstattete. Die Ausführungen des Referenten wurden mit Interesse verfolgt und beifällig aufgenommen. Gegen die beschlossene Einführung des Gehaltsregulativs unserer Hauptvorstandsmitglieder wurde nur die Einwendung gemacht, daß es richtiger gewesen wäre, wenn man es den Mitgliedern vor der Generalversammlung mit zur Kenntnis gebracht hätte. Die Erweiterung im Hauptvorstand wird sich hoffentlich dadurch mit bezahlt machen, daß sein Verkehr mit den Mitgliedschaften zufriedenstellend wird. Die Gründung einer Sammelstelle für Druckergebnisse wurde von den hiesigen Kollegen lebhaft begrüßt und der Wunsch ausgesprochen, daß in Zukunft auch den Mitgliedern der kleineren Druckorte die Möglichkeit geboten werde, sich zu informieren über die technischen Fortschritte und Umwälzungen in unserem Berufe. Zum Schluß wurde noch besprochen, daß gegen die übermäßige Ausbeutung und Anlernung von Lehrlingen mit allen Mitteln vorgegangen und dahin getrachtet werden muß, daß den keramischen Betrieben überhaupt kein Lehrling mehr zugeführt wird.

 **Der Lithograph**

Teil für alle Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner u. Maler.

Ein Rückblick und ein Ausblick.

(Von einem alten Lithographen.)

Wer wirklich aufmerksam die Vorgänge in unserm Berufe beobachtet, der muß, falls er nicht ein zu großer Optimist ist, zu der Erkenntnis kommen, daß die Lithographie unaufrichtig den selben Weg geht, den der Stahl- und Kupferstich und der Holzschnitt schon vor ihr gegangen sind, ohne ebenfalls ganz von der Bildfläche verschwunden zu sein.

Manchem Lithographenkollegen von heute erscheint dieser Vorgang noch unglaublich. Viele kennen eben die Entwicklung nicht, und die meisten nicht die »Geschichte« der graphischen Künste. So gab mir z. B. ein in der Keramiklithographie arbeitender jüngerer Kollege auf den Ausspruch, daß man den Niedergang des Stahl- und Kupferstichs sowie des Holzschnitts erlebt habe und nun auch noch den der Lithographie zu erleben müsse, die sehr naive Antwort: »Na, Sie erleben das nicht mehr!« Unwillkürlich greift man sich da an den Kopf und fragt sich: Ist denn die Entwicklung an diesem noch mit der Feder punktierenden Kollegen spurlos vorübergegangen, bedeutet die Abwanderung von vielen Hunderten Lithographen vom gelehrten Berufe vielleicht gar noch einen »Aufschwung« der Lithographie? Wir sind doch mitten drin in diesem Rückgange unsers Berufes, wir alle erleben und spüren ihn genau so, wie wir älteren Lithographen schon viele Jahre zuvor den Niedergang des Stahl- und Kupferstichs und des Holzschnitts mit erlebt haben! Man kann daraus wieder mal sehen, wie oberflächlich die Kollegen im allgemeinen beobachten.

Denken wir doch nur darüber nach, welche vielen verschiedenen Arbeiten früher in der Lithographie hergestellt wurden und wie viele davon uns heute bereits verloren gegangen sind. Wir haben zum Beispiel früher Bücher gesehen, die mit »vielen feinen illuminierten Kupfern« ausgestattet waren. Dabei waren diese Bilder gar keine Kupferstiche, sondern nur ein billigerer lithographischer Ersatz. Längst sind aber auch diese lithographischen Buchillustrationen verschwunden. Sie haben dasselbe Schicksal erlitten wie die Bilder, die wirklich in Stahlstich hergestellt waren und an deren Stelle sie getreten waren.

Fast alle bedeutenden Werke wurden früher mit Stahlstichen illustriert. Ich führe hier nur als ein ganz ausgezeichnetes Werk »Meyers Universum« an. Später kam die Blütezeit des Holzschnitts. Die »Gartenlaube«, u. a. Zeitschriften brachten ausschließlich Bilder in Holzschnitt. Es kam auch das Zeitalter der illustrierten Prachtwerke wie »Schweiz«, »Italien«, »Germania« und der illustrierten Klassiker »Shakespeare«, »Schiller«, »Goethe« usw. Schon mit der Erfindung der Zinkographie (Zinkätzung) gingen Stahl- und Kupferstich sowie Holzschnitt zurück. Als die Autotypie durch Melsenbach-Schmidler in München erfunden wurde, sagten wir Lithographen gleich zu den Kupferstechern und Holzschneidern, die mit uns in den Abendstunden die Kunstschule besuchten: »Nun könnt ihr einpacken und eure schwer erlernte Kunst an den Nagel hängen!« Wir wurden »Schwarzseher« von diesen wirklichen Schwarzkünstlern genannt; es wurden uns Stiche und Schnitte (Holzschnitte von Maschinen für Prelskuranten) mit dem Bemerken gezeigt: »Das können Autotypie und Zinkographie niemals leisten.« Besieht man sich nun die heutige Maschinen-Autotypie, so muß man zugeben, daß wir Pessimisten recht hatten.

Nun greifen wir eine Spezialität in der Blütezeit der Lithographie heraus: die Ansichtspostkarte und die Künstlerpostkarte. Früher wurde diese in vierzehn- und sechzehnfarbiger Lithographie hergestellt, jetzt dagegen in drei- und vierfarbiger Autotypie. Man vergleiche das Plakat von früher mit dem von heute. Wie wenig Arbeit das moderne Plakat dem Lithographen bietet, muß jeder sofort erkennen.

Aber gerade in der Blütezeit des alten künstlerischen lithographischen Plakats und in der Blütezeit der Ansichtspostkarte wurde die größte Lehrlingszüchterei betrieben, eine Lehrlingszüchterei, wie sie wohl in keinem anderen Gewerbe je betrieben worden ist und im Stahl- und Kupferstich und im Holzschnitt überhaupt niemals betrieben werden konnte. In diesen graphischen Künsten ist es nie vorgekommen, daß ein Lehrling angenommen wurde, der vorher nur ganz wenig gezeichnet hatte oder gar im Zeichnen mit der Zensur vier ausgezeichnet worden war. Selbst in der besten Blütezeit des Kupfer- und Stahlstichs und des Holzschnitts war dort niemals ein so unvernünftig großer Zudrang von Lehrlingen zu bemerken wie in der Lithographie, ganz gleich, ob im Merkantil- oder Chromofach.

Die ungeheure Lehrlingszüchterei war daran schuld, daß die Lithographie selbst in ihrer Blütezeit künstlerisch nicht auf die Höhe kommen konnte (Die frühere Kunst der Kreidzeichnung, die fast nur in Kunststädten ausschließlich von wirklichen Künstlern wie Hanfstängl, Piloty u. a. gepflegt wurde, natürlich ausgenommen), auf die der Kupfer- und Stahlstich und der Holzschnitt noch in ihrer »Vertalzeit« standen.

In manchem kleinen Orte entstand ein lithographischer »Kunstempel«. Die Konkurrenz wollte es gewöhnlich, daß aus dieser Einheit eine Mehrheit wurde. Eine »Kunstanstalt« suchte die andere in der Lehrlingszüchterei zu überbieten. Manche Lithographie und Steindruckerei stellte zu Ostern gleich eine ganze »Schule« von Lehrlingen ein. Viele Unternehmer taten sich in einer einfältigen Reklame auch noch damit »dick«, daß sie nur mit »eigens geschultem Personal« arbeiteten. Von einer guten Ausbildung konnte unter solchen Umständen gar keine Rede sein.

Da schon in den Kleinstädten bei den meisten Lehrlingen die Vorbedingung: das Zeichnen in viel-

seitigen Techniken, wie es in Großstädten auf Akademien und Kunstschulen gepflegt wird, fehlte, so konnten eben nur sehr wenige etwas werden, nur solche, die ein außergewöhnlich gutes Talent hatten.

So kam es, daß ein großer Überfluß von minderwertigen Kräften herangezogen wurde, daß es nur wenige Lithographen gab, die Gutes leisteten.

An diesem fortdauernden Zustand sind die Unternehmer allein schuld; sie sind es auch noch, die stets neue Lehrlinge suchen und jeden annehmen, der sich anbietet. Einige rühmliche Ausnahmen bestätigen nur die Regel. Mir sind Fälle aus einem großen Geschäft in einer Kleinstadt bekannt, wo eine Auswahl unter den zuviel angenommenen Lehrlingen erst durch ein entschiedenes Drängen der Gehilfenorganisation vorgenommen wurde. Es zeigte sich dabei, daß ein Teil der Lehrlinge gänzlich ungeeignet war und wieder »hinausgetan« werden mußte. Die kleineren Geschäfte in denselben Orte empfingen dann diese ganz ungeeigneten mit offenen Armen!

Die Aussichten auf ein gutes Fortkommen im Berufe waren also früher bei vielen schon von Haus aus schlecht. Jetzt sind die Aussichten wegen des Rückganges der Lithographie infolge des Vordringens der billiger arbeitenden Reproduktionsverfahren selbst für die guten Kräfte sehr trüb geworden.

Die Keramiklithographie, die wohl noch einige hundert Kollegen im ganzen deutschen Reich in der alten Federkunstmanier beschäftigt, kann vielleicht auch noch durch photomechanische Verfahren verdrängt werden. Ebenso kann es der Gravurlithographie (Ansichten usw.) ergehen.

Also genau so, wie es dem Holzschnitt ergangen ist, der fest und sicher glaubte, daß ihm wenigstens der Schnitt aller möglichen Maschinen und Maschinenteile als alleiniges »Reservatrecht« bliebe, kann es auch der Keramiklithographie im Laufe der Jahre noch ergehen; auch sie kann als besondere Spezialität verdrängt werden. Die Keramiklithographie konnte ja auch nur einen ganz kleinen Teil der in den letzten Jahren aus der Chromolithographie verdrängten Gehilfen aufnehmen. Sonst hätten nicht in Berlin und Leipzig allein siebenhundert Lithographen ganz vom Berufe wegen Arbeitslosigkeit abgehen müssen.

Wir »Schwarzseher« von damals hatten nicht zu schwarz gesehen, und wir Pessimisten von heute, die selbst schon ein gehöriges Stück »Geschichte« der graphischen Künste miterlebt haben, sehen auch heute nicht »rosig« in die Zukunft.

Selbstverständlich wird die Lithographie ebenso wie der Stahl- und Kupferstich und der Holzschnitt nicht ganz verschwinden. Jedenfalls ist aber die Möglichkeit einer weiteren Ausbreitung ausgeschlossen und immer noch ein steter Rückgang zu beobachten. Diese Wahrheit muß aber jeden Lithographen dazu bringen, sich als Arbeiter zu fühlen. Er muß jeden »Künstlerstix« fallen lassen und sich um gewerkschaftliche und politische Aufklärung und Schulung kümmern. Leider sieht es mit der gewerkschaftlichen und noch mehr mit der politischen Schulung bei so manchem Lithographen noch tieftraurig aus. Der Künstlerstix spukt in den Köpfen mancher Lithographen noch ganz gewaltig. Viele haben ihre Klassenlage als Arbeiter noch gar nicht erkannt; sie werden vielleicht erst später durch ein schlimmeres Schicksal gewaltsam zur Einsicht gebracht werden.

Der Schein trägt, dieser Ausspruch paßt auch auf manchen Lithographen. »Hinten und vorn« langt es nicht zu, aber nach außen wird groß getan! Statt aufklärende Vorträge in Mitgliederversammlungen zu besuchen, feiert man St. Sedan und — Manöver. Dinge, die über den Horizont, den engen, hinausragen, interessieren eben so manchen Lithographen gar nicht. Man sage nicht, daß bei Druckerkollegen dieses alles auch anzutreffen sei. Es mag dies leider zum Teil auch wahr sein. Den Künstlerstix, dieses was »Besseres sein wollen«, trifft man jedenfalls bei Druckerkollegen nicht, oder doch nur sehr selten. Dann sollte gerade der Lithograph, der ja eine kürzere Arbeitszeit hat als der Drucker, in gewerkschaftlicher und politischer Bildung dem Druckerkollegen voraus sein. Im Verhältnis sind aber mehr Drucker als Lithographen gewerkschaftlich gebildet und tätig; sie haben eben im allgemeinen ihre Klassenlage als Arbeiter früher erkannt. Ein gehöriges Stück Selbsterkenntnis wird wohl bei manchem Lithographen noch nötig sein, ehe er seine Klassenlage begreifen wird. Selbsterkenntnis ist der erste Weg zur Besserung! S.



Teil für die Interessen der Chemigraphen Reproduktions-Photographen, Lichtdrucker Kupferstecher und -Drucker.

»Christen« am Pranger.

Die »Graphischen Stimmen« fielen nun wieder einmal, daß wir sie Beteiligte nannten und ihnen ihren gelben Wisch an die Prinzipalsvertreter der Tarifgemeinschaft der Chemigraphen und Kupferdrucker um die Ohren schlugen. Nicht genug damit, ohrfelgen sie sich aber selbst noch ein paar mal rechts und links in einem hilflosen Gestammel über das Fallen des Organisationszwanges. Dabei veraten sie erneut eine völlige Unkenntnis der Entwicklung des Tarifverhältnisses im Chemigraphie-

und Kupferdruckgewerbe. Denn der Gedanke des Organisationszwanges wurde nicht von den Gehilfen, sondern von den Prinzipalen in die Tarifgemeinschaft getragen und jahrelang von den Gehilfen bekämpft.

Wenn sich die Herren »Christen« weiter freuen, daß die »Graphische Presse« nicht die Anerkennung der Prinzipale gefunden hat, so hätten wir dafür Verständnis, wenn wir uns in einer Konkurrenz um das Wohlwollen der Unternehmer mit dem Christenblatte befunden hätten. Davon kann ja keine Rede sein. Daß die »Graphische Presse« bei den Prinzipalen in Ungnade gefallen ist, weil sie die Arbeiterinteressen dem gesamten Unternehmertum gegenüber energisch vertreten hat, ehrt sie höchstens. Das Christenblatt dagegen nehmen weder Arbeiter noch Unternehmer gern in die Hände, weil es zu schmierig ist.

Nun will der »Graphische Zentralverband« Bestimmungen in sein Statut aufnehmen, die ihm die Berechtigung verschaffen, an den Sitzungen des Tarifausschusses und Tarifamtes teilzunehmen. Mit dem »Bestimmungen aufnehmen« ist natürlich nicht getan, die Hauptsache ist das »Mitglieder aufnehmen«!

Wir haben in der Tarifgemeinschaft gewiß nichts zu verbergen; wenn das stenographische Protokoll nicht veröffentlicht wird, so geschieht das nicht auf unsere Veranlassung. Trotzdem aber wollen uns die Kollegschaft aus Reinlichkeitsgründen zuvor behüten, daß wir nähere Bekanntheit mit den Beteiligte machen müssen. Das kann sie erreichen, wenn sie jeden Kollegen, der etwa den Versuch machen wollte, sein Heil einmal (auf die Dauer hält ja doch keiner aus) bei jenen zu suchen, dringendst davon abrat. Die neue Sudelbrochüre des Gutenbergbundes und die Veröffentlichungen des früheren christlichen Textilarbeiterredakteurs Röhlings mögen dazu als Material dienen. Liefert die erstere das Material, wessen die »Christen« an Fälschungen, Verdrehungen und Denunziationen fähig sind, so bringt die letztere urkundliche Beweise dafür, daß ihren der Mitgliederangabe den Interessen der Arbeiter steht, und daß sie sich zum Mitgliederange vornehmlich des Streikbruchs bedienen. Als Beweis diene folgendes vertrauliche Schreiben:

»Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands, Zentralstelle Düsseldorf. Düsseldorf, den 8. April 1913. An die Beamten unseres Verbandes! Werte Kollegen! Die Situation liegt zurzeit so, daß alles getan werden muß, um dem Deutschen Textilarbeiterverband eine Schlappe beizubringen. Das ist für uns von der größten Bedeutung. Es kommt zurzeit alles darauf an, eine hinreichende Zahl von Arbeitern in die Färbereien zu dirigieren. Es werden dort auch ungelernete Arbeiter in großer Zahl angenommen. Wir bitten die Kollegen, uns umgehend mitzuteilen, ob aus dem dortigen Bezirk auf Zuzug gerechnet werden kann, sei es auch nur für 4 bis 6 Wochen. Die Fahrtkosten trägt der Verband. Mit freundlichem Grüße: Die Zentralstelle. NB. Dieses Zirkular muß streng vertraulich behandelt werden.«

Pfui Teufel! Besser hätten es die gelben Arbeitervertreter auch nicht gekonnt. — Ein echt christliches Demagogenstück lieferte die letzte Nr. der »Graph. Stimmen«. Die graphischen Schmierfinken glauben unsere Organisation wegen des letzten Tarifabschlusses im Chemigraphie- und Kupferdruckgewerbe verhöhnen zu können und bedienen sich dazu Teile der Artikel »Fortschritt oder Stagnation« und »Zum Tarif« aus der »Graph. Presse«, die sie nachdrucken. Wir glauben gern, daß es der unschelnbaren Verbandsgrößen, so sich »Graphischer Zentralverband« nennt, ein Hauptvergnügen gewesen wäre, als unbeteiligter Dritter einem Kampfe zuzusehen und im Trüben zu fischen. Die Röhlingsche Brochüre hat ja gerade im Bezug auf Taktik in den christlichen Gewerkschaften betäubenden Dünsten aus dem christlichen Sumpfe den Weg an die Oberfläche frei gemacht. Lassen wir Röhlings selbst zu Worte kommen. Er äußert sich über die »christliche« Gewerkschaftstaktik wie folgt:

»Hat nicht auf einer der letzten Beamtenkonferenzen der Bezirksleiter S. es als Aufgabe der Außenbezirke bezeichnet, »den Roten ein Feuerchen anzumachen?« Und hat denn die Verbandsleitung mich nicht in einem Schreiben aufgefordert, die Arbeiter von der Wiederaufnahme der Arbeit abzuhalten, wo wir von dreihundert Arbeitern mit fünf Mitgliedern in Frage kamen? Warum wurden da die Gewissensfragen nach der Berechtigung und der Durchführbarkeit des Streiks, nach dem Verantwortungsgefühl und der Schulung der Arbeiter ausgespart? Weil eben agitatorische Interessen in Frage kamen!

Das betreffende Schreiben lautet: »Düsseldorf, den 8. Septbr. 1911. Herrn Wilh. Röhlings, Straußburg-Gr., Dachsteinerstr. 2. Werter Kollege!

Soeben geht uns ein Schreiben vom Kollegen Bilger-Mühlhausen zu, worin er uns mitteilt, daß im Oberelsaß wieder ein Streik ausgebrochen sei. An demselben sind über 300 Webereiarbeiter beteiligt, die zum größten Teil dem roten Verbands angehören, wir kommen mit 5 Mitgliedern in Betracht.

Beiliegend das Schreiben von Bilger zu Deiner näheren Information. Aus demselben geht hervor, daß die Roten wahrscheinlich wieder beabsichtigen, nach drei Tagen der Sache den Hals umzudrehen.

Wir sind der Ansicht, daß wir uns dagegen wehren müssen, damit endlich einmal damit gebrochen wird, uns ad libitum in Bewegungen und Streiks herein- und herauszutreiben, ohne das wir ein Wort mitzusprechen haben.

Wenn wir zu Versammlungen nicht zugelassen werden, dann müssen wir eben durch ein Flugblatt welches vorsichtig abgefaßt werden muß, die beteiligte Arbeiterschaft am Orte auf das arbeiterschädigende und scholle Vorgehen der Roten aufmerksam machen.

Überhaupt muß den Leuten von vornherein gesagt werden, daß sie die Arbeit nicht aufnehmen sollen, bevor nicht annehmbare Zugeständnisse seitens der Fabrikanten gemacht worden sind. Wir übermitteln Dir hiermit die Sachen und ersuchen Dich, wenn möglich gleich nach dem Oberelsaß zu fahren und dort die Sache in die Hand zu nehmen.

Freundlichen Gruß!

J. Sistenich.

Zur Ehre des Herrn Sistenich will ich hier bemerken, daß er das famose Schriftstück zwar unterzeichnet, aber nicht abgefaßt hat; es ist nicht seine Schreibweise. In dem Schreiben wird mir die »hehre« Aufgabe übertragen, eine »echt friedliche Hatz« zu veranstalten, unbekümmert darum, welche wirtschaftlichen Folgen sich daraus für die Arbeiter ergeben. Aber zur Ausführung fehlte es mir an der nötigen »Begelsterung.«

Die genau gegenteilige Haltung nahm die Zentralleitung ein, als ich um die Genehmigung des Streiks in Drusenheim ersuchte. In Drusenheim waren von 120 Arbeitern 106 organisiert, aber alle im christlichen Verbands. Sämtliche Arbeiter hätten bei Ausbruch des Streiks die Karezzeit hinter sich gehabt, die Konjunktur war gut, der Streik berechtigt, Streikbrecher nicht zu fürchten, kurz, alle Voraussetzungen für die erfolgreiche Durchführung des Streiks waren gegeben.

Der Zentralverband aber ließ mir durch ein Schreiben vom 25. April 1912 mitteilen, daß er sich dagegen ausgesprochen habe, daß in solchen Betrieben, in denen die Mitglieder erst knapp ein halbes Jahr dem Verbands angehören, die Genehmigung zur Einreichung der Kündigung gegeben werde.

So sieht die »Taktik« der »christlichen« Gewerkschaften aus, die der sogenannte »Graphische Zentralverband« auch bei der Tarifbewegung im Chemigraphie- und Kupferdruckgewerbe gar so gerne angewandt haben würde, wenn er dazu nicht völlig bedeutungs- und einflußlos gewesen wäre. Es ist ein ekles Fischen im Trüben, das den graphischen Gewerkschaftsrichtern durch den Tarifabschluß verteidelt worden ist. Die von ihrem Blättchen getriebene Demagogie wird keinen besseren Ausgang nehmen. Denn die »Christen« stehen für jeden ehrlichen Arbeiter am Pranger!

hohe Lohnzahlung hingewiesen. Diese Verlockungen veranlassen manchen Kollegen, nach Rußland zu gehen.

Nun gibt es in Rußland wohl einzelne Kollegen, die einen Monatsgehalt von 120 Rubel, in Petersburg sogar 150 Rubel beziehen, aber in der großen Masse gibt es Löhne, die bis zu 30 Rubel monatlich und tiefer heruntergehen. Der Unkundige rechnet den angegebenen Betrag von 120 Rubel in deutsches Geld um und rechnet dabei das riesige Monatsgehalt von 260 Mark heraus. Dieser Betrag ist für den ersten Augenblick allerdings bestehend. Doch der Glanz verschwindet, wenn man in Betracht zieht, daß in Rußland ein Rubel nur ebensoviel oder sogar noch weniger als die deutsche Mark wert ist. Die Wohnungsmieten sind außerordentlich hoch, selbst für unwirtliche Räumlichkeiten, die man auch nach einfachen deutschen Begriffen nicht als Zimmer bezeichnen kann. Die Preise für Lebensmittel sind ebenfalls nicht gerade billig, obwohl es in Rußland viel Fleisch gibt. Jedenfalls stehen die Preise absolut nicht im Verhältnis zum Verdienst. Zu diesen Tatsachen kommt in Russisch-Polen noch der Deutschenhaß, der den deutschen Kollegen den Aufenthalt im Lande erschwert und verleidet. Bei näherer Betrachtung der Anstalten muß man besonders hinsichtlich der hygienischen Einrichtungen konstatieren, daß — abgesehen von einigen Ausnahmen — das Wort Hygiene in Rußland überhaupt nicht existiert. Primitive, schlecht belüftete Räume mit primitiver Einrichtung werden als chemigraphische Anstalt bezeichnet. Meistens sind sämtliche Angestellte in einem Raume untergebracht. Die Zinkätzler ätzen ohne Vorrichtung in offener Schale und die giftigen Gase verteilen sich auf die übrigen Räumlichkeiten. Ein Ventilator oder sonst ein Luftzug, der für die Gesundheit des Arbeitenden erforderlich ist, ist dem Unternehmer eine unbekannte Erscheinung. Ebensoviele hat er Sinn für die Anschaffung von brauchbarem Material. In dieser Beziehung ist er mehr als »sparsam«, die Anschaffung von gutem Material erscheint ihm als ein Luxus. Dagegen treibt in den russisch-polnischen Anstalten die Ausübung des Kontrollsystems die tollsten Blüten. Es erstreckt sich nicht nur auf das Zuspätkommen, sondern auch auf die Arbeitsleistungen. Auf die Qualität wird dabei nur geringer Wert gelegt, umso höher wird aber die Quantität eingeschätzt. Der »Untergebene« muß täglich hochnotpeinlich Buch führen über seine Arbeitsleistungen. Wöchentlich dreimal übergibt er sein Buch dem »Oberkontrollleur«. Man sitzt zu Gericht über die Unzulänglichkeit der Leistungen und täglich »fabrizierte« Anzahl von qcm wird genau festgestellt. In manchen Firmen ist ein bestimmtes Minimum von qcm festgelegt, das der Arbeiter möglichst zu überschreiten hat. Durch diese geschickte Politik mit der der Chef manövriert, werden die Leute wie Zugpferde angespannt. Auch das Lehrlingswesen geht in Rußland seine eigenen Wege. Ein richtiges Lehrverhältnis besteht in diesem Lande nicht. Ebenso muß in Betracht gezogen werden, daß in Rußland die Arbeitszeit gewöhnlich neun Stunden dauert.

Aus diesen Ausführungen ist schon ersichtlich, daß der Deutsche unter den gegebenen Umständen einen äußerst schwierigen Stand hat. Durch das

geschilderte System wird die Chemigraphie in Rußland auf die niedrigste Stufe gewöhnlicher Fabrikarbeit heruntergedrückt. Und der russische Kollege wird zur systematisch schaffenden Arbeitsmaschine degradiert; er wird zum willenlosen Sklaven des raffinierten Ausbeutungssystems der russischen Unternehmer.

Eine Auflehnung gegen die bestehende Unordnung verbietet die russische Behörde unter der Zarenregierung mit aller Schärfe. In Rußland hat der Unternehmer die Macht in der Hand. Eine Abwehr der Unternehmerwillkür, wie in den Kulturländern, ist in Rußland nicht möglich. Das russische Gesetzbuch stellt demjenigen eine strenge Strafe in Aussicht, der es wagen sollte, sich sein Recht durch Streik zu erkämpfen. Eine richtige Organisation, deren Aufgabe es wäre, Besserungen herbeizuführen, kann nicht zustande kommen, da nach Annahme der russischen Behörde jedem Verband politische Zwecke zugrunde liegen, weshalb sie die Verbandsgründungen unterbindet.

Aus allen diesen Gründen sollte es sich jeder deutsche Kollege sehr überlegen, ob er künftig hin auf Stellenangebote aus Rußland reagieren und unter solchen Umständen eine Stellung annehmen will. Jedemfalls sei dringend zur Vorsicht gemahnt. Den deutschen Kollegen aufzuklären über das Land, an das mancher ungeheute Hoffnungen knüpft, und ihn vor Enttäuschungen zu bewahren, das sollte der Zweck dieser Zeilen sein.

E. B.

Feuilleton.

Vom Büchertisch.

Leitfaden für die Bildungsarbeit in Groß-Berlin. Herausgegeben vom Bezirks-Bildungsausschuß Groß-Berlin. 1. Jahrgang 1913. 84 Seiten 8^o.

Der erste Jahrgang des vom Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin herausgegebenen Leitfadens präsentiert sich in einem geschmackvollen und ansprechenden Gewande. Und sein Inhalt ist der äußeren Aufmachung und Ausstattung durchaus würdig. Er bietet eine Reihe trefflicher Abhandlungen über Vorträge und Vortragskurse, Führungen, Kunst- und Feste, Theatervorstellungen, Jugendschriften- und Wanderschmuckausstellungen und Kinderabende, die alle eine Fülle von Anregungen, Ratsschlägen und Winken enthalten. Ein Vortragsverzeichnis, die Lehrpläne der Arbeiter-Bildungsschule, ein Verzeichnis von 125 Programmen, die Hinweise auf Gedächtnisfeiern, die Programmentwürfe für Kinderabende usw. bieten den in der Arbeiterbildungsarbeit Tätigen gleichzeitig praktische Beispiele und Anweisungen. Das Verzeichnis wird dazu beitragen, die Bildungsarbeit in der Groß-Berliner Arbeiterschaft zu befruchten und zu fördern. ph.

In Freien Stunden. Eine Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 69. Heft 36 bis 38. Preis pro Heft 10 Pf.

Die Chemigraphie in Rußland.

In der deutschen Fachpresse finden sich in der letzten Zeit häufig Inserate, wonach russische Anstalten deutsche Kollegen zu engagieren suchen. Diese Gesuche betreffen meist das russische Polen, hauptsächlich die Städte Lötch und Warschau. Nicht selten wird in den Inseraten mit Nachdruck auf

Stellenangebote

Sehr tüchtiger Maschinenmeister
auf Johannisberger Offset-Maschine mit Anlageapparat wird für Graz in Steiermark gesucht. Achtelhalbständiges Arbeitszeit und 60,- K. Wochenlohn. Angebote an den Stellenvermittler des öster. Senefelderbundes Karl Freitag, Graz, Radetzkystraße 5. [300]

Reproduktions-Photograph,

unbedingt sicher und selbständig in Auto, Strich und Photolitho in Emulsion und Naß, der das Kopieren vorläufig mit zu üben hat, für sofort gesucht. Angebote, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüche erbeten. [360] **HUGLIN & FISCHER, BARMEN.**

2 tüchtige Messingstecher

bei gutem Lohn für dauernde Beschäftigung sucht [240] **Friedrich Schreier, Moritzberg b. Hildesheim.**

Verschiedenes

Roulett., Fadenstichel Fräser u.s.w. in bester Ausführung fertigt an **Carl Neumann,** vormals G. König, Berlin SO., Manteuffelstr. 31.

Graphische Fachklassen
Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein-
druck, Photomechanische Verfahren,
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung.
Prospekt frei. Kunstgewerbeschule
Barmen

Freie Fachschule für das graphische Gewerbe

Berlin S 61, Tempel-Herrenstraße 20 a
Vorbereitungskurse
zur Meisterprüfung sowie zur Ausbildung als Kontor- u. Betriebsbeamter.
Kurse zur Ausbildung als Zeitungs- u. Reklamefachmann.
Kalkulation von Buch- und Steindruckarbeiten, Buchführung, kaufm. und allgemeines Rechnen.
Kurse zur Einführung in das Offsetverfahren.
Briefl. Unterricht. Vorbereitungskurs auf die Meisterprüfung für das Buch- u. Steindruckgewerbe; Kalkulation von Buch- u. Steindruckarbeiten sowie Papierkunde; Tonplattenschnitt.

Fachliteratur.

Der praktische Umdrucker.
Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf
Senefelders Lehrbuch der Lithographie und des Steindrucks vom Jahre 1821.
Preis inkl. Porto für Verbandsmitglieder 4,50 Mk., sonst 7,50 Mk.
Zu beziehen durch:
Conrad Müller, Senkeuditz.

„**Matt-Lack**“ Bester Farbensatz gegen Kleben, Hart-, Blankwerden und Aufreißen der Abdrücke, Rinnen d. Farbe. Preis Kilo Mk. 3,50, bei 10 Kilo Mk. 3,—

„**Harmalein**“ Vorzüglicher weißer Trockensstoff in Paste, kein Herunterwischen der Farben mehr. Auch beim Chromo- und Buntdruck verwendbar, da jede Farbe gut abhebt. Kilo Mk. 3,50.

„**Bronsol**“ Gibt feststehende glatte Bronze, auch bei losen, ungeeigneten Papieren. Preis Kilo Mk. 4,—. **Gegen Nachnahme.** Kunden erhalten neuestes Tonschutzrezept gratis. F. Hantke, Hamburg 22, Vogelweide 5. [300]

Wischwalzen - Schläuche
ohne Naht für Steindruck-Schnell-Pressen liefert
Edmund Behnisch, Luckenwalde.
Vertreter an allen größeren Plätzen. Ia. Zeugnisse.

Reklame-Marken-Abreibkalender.
Die Rückseite des Blattes ein Reklamebild oder -Marke. Unübertreffl. dauernd. Reklamewert. Lizenzen zu vergeben. **Karl Merzky, Zwickau Sa.**

Stadt Hannover
Leipzig, Seeburgstraße
Billige gute Übernachtung, gute bürgerliche Küche und ff. Biere empfohlen
Der alte W. Spielb.

Verbandsnachrichten

Wer kann mir die Adresse des Autophotographen **Joseph Lorenz,** der in Köln bei der Firma Heiß gearbeitet hat, umgehend mitteilen. Ich benötige dieselbe in einer Prozeßsache. Telegramm wird vergütet. [150] **Otto Bauknecht, Köln-Sülz, Zülpicherstr. 335.**

Die Mitgliedschaftsvorstände werden ersucht, uns die Adresse des Steindruckers **Max Dierchen** aus Meifen i. S. gebürtig, umgehend mitzuteilen. **Zahlstelle Aschersleben, Alb. Frey, Friedrichstr. 27.**

Achtung! Frankfurt a.M.
Lithogr., Steindrucker u. Lichtdrucker. Vorsitzender u. Auskunftsreferent ist **Wilh. Vogt, Griesheim a. M., Wilhelmstraße 15.**

Adressen-Änderung. Schweiz. Lithographenbund Sektion Basel.
Reise-Unterstützung: mittags 1—1½ Uhr, abends 6—7½ Uhr im Bureau, Blumenrain 51.
Anfragekarten an »Lithografica« Basel.